

mittelstands magazin

DAS MAGAZIN DER **MIT**
FÜR ENTSCHEIDER IN
WIRTSCHAFT UND POLITIK

02
2025

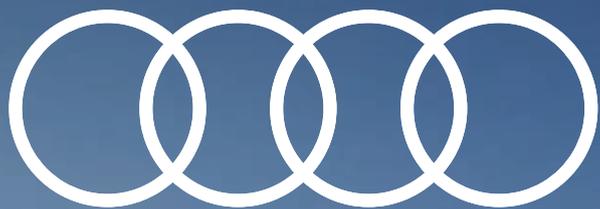
JUNI 2025
WWW.MIT-BUND.DE
ISSN 1865-8873

UNIONSGEFÜHRTE REGIERUNG
NIMMT ARBEIT AUF

ANPACKEN FÜR DEUTSCHLAND



**Ministerpräsident
Markus Söder im
Exklusiv-Interview**



Unverkennbar Avant. Unverkennbar Audi A6.

Ihr neues Businessmodell.



Audi Vorsprung durch Technik

Kraftstoffverbrauch (kombiniert): 8,0–5,0 l/100 km;
CO₂-Emissionen (kombiniert): 181–130 g/km; CO₂-Klassen: G–D.

Angebot
entdecken





10

MIT:EDITORIAL

Auf geht's! Warum der Mittelstand in der neuen Regierung ein Comeback feiert 4

von Gitta Connemann

MIT:KOLUMNE

Hoffnung Atomkraft 8

Von Dorothea Schupelius

MIT:TITEL

Neustart für Deutschland 10

Politikwechsel für unser Land!
So geht es jetzt weiter

... und das sind die neuen Bundestags-Abgeordneten aus der MIT-/MU-Familie! 14

Warum die neue Fraktion auf Merz-Kurs ist

MIT:REPORT

Staatsquote begrenzen: Für mehr Freiheit, Wettbewerb und Eigenverantwortung 16

Ein Plädoyer (und MIT-Beschluss) für die Rückkehr zur Ordnungspolitik

Kreislaufwirtschaft fördern – Klima schützen und Versorgung absichern 20

Das läuft rund! Was die Branche braucht, um ganz vorne zu bleiben



16

MIT:INTERVIEW

Ministerpräsident Markus Söder im Exklusivinterview 24

... über eine Hightech-Agenda nach bayerischem Vorbild und einen Mentalitätswechsel in Deutschland

MIT:FAKTEN 6-9

Steuerschätzung | MINT-Fachkräftemangel | Stellenabbau | Erwerbstätigenquote

MIT: INSIDE

EU-Check 30

Inside-Meldungen 30

Neumitglieder 33

Mitgliederstatistik 34

Impressum 31



24



Auf geht's!

Liebe Leserinnen, liebe Leser,

zwischen den Zeilen zu lesen, lohnt sich fast immer. Insbesondere wenn es um politische Grundhaltungen geht. Beispiel gefällig?

Am 14. Dezember 2021 gab das damalige Bundesministerium für Wirtschaft und Klimaschutz die erste Pressemitteilung zur wirtschaftlichen Entwicklung nach der Regierungsübernahme durch die Ampel heraus. Es war die Premiere für den neuen Wirtschaftsminister Dr. Robert Habeck. In der vierseitigen Pressemitteilung wurde zwölfmal von „Industrie“ gesprochen. Viermal kamen „Rohstof-

fe“ vor. Und die „Weltwirtschaft“ wurde zweimal erwähnt. Alles richtig. Alles wichtig. Nur der „Mittelstand“ war dem neuen Wirtschaftsminister kein einziges Wort wert. Dabei sind mehr als 99 Prozent der Unternehmen in Deutschland kleine und mittlere.

Dass es anders geht, zeigte unser Bundeskanzler Friedrich Merz in seiner ersten Regierungserklärung: „Das wirtschaftliche Fundament unseres Landes ist ungebrochen stark. Wir haben innovative Unternehmen – darunter viele Weltmarktführer. Wir haben einen starken Mittelstand mit



hervorragenden Mitarbeitern.“ Und das machte er dann an vielen Beispielen deutlich. Unsere Wirtschaftsministerin Katherina Reiche zog in ihrer Regierungserklärung nach und zollte dem Mittelstand Anerkennung: „Ich sehe ganz viel Lust auf Wachstum in unserem Land. Ich erlebe Menschen, die loslegen wollen, die sich nicht scheuen, Verantwortung zu übernehmen. Ich erlebe einen lebendigen Mittelstand, der viel gelitten hat, der aber auf unser Land zählt und gerne hier ist. (...) Wir werden den Mittelstand stärken durch Entlastungen im Energiebereich, im Steuerbereich. Wir werden aber auch die Forschung und die Förderprogramme im Mittelstandsbereich stärken.“

Plastischer geht es kaum: Die Zeiten der Mittelstandsblindheit in Berlin sind vorbei. Unser Mittelstand feiert sein Comeback. Zu Recht.

Kleine und mittlere Betriebe sind bereit, jeden Tag Verantwortung zu schultern – für ihre Beschäftigten, Regionen und die nächste Generation. Unser Mittelstand hat viele Facetten – vom Start-Up bis zum Traditionsunternehmen.

Selbstständige und Unternehmer eint Kreativität, Kompetenz und Mut. Sie packen an, bilden aus, schaffen Arbeitsplätze. Handwerk, freie Berufe, Industrie, Handel, Landwirtschaft, Dienstleistung, Gewerbe bilden das Herz unserer Sozialen Marktwirtschaft. Sie verdienen unseren Respekt, unsere Wertschätzung und unsere Unterstützung. Dafür werde ich mich persönlich einsetzen. Als Bundesvorsitzende der MIT. Und als neue Mittelstandsbeauftragte der Bundesregierung. Diese Aufgabe erfüllt mich mit Dankbarkeit, aber auch mit Demut. Die Erwartungshaltungen sind groß. Zu Recht. Zum Teil steht den Betrieben das Wasser bis zum Hals. Manche sitzen auf gepackten Koffern. Wir müssen schnell handeln und liefern. Ohne Wirtschaftswende wird es keine Wettbewerbsfähigkeit und kein Wachstum geben. Und es wird keine Vertrauenswende geben.

Für den Mittelstand werde ich mich gemeinsam mit Ihnen mit ganzer Kraft dafür einsetzen, dass unser Mittelstand spürbar entlastet wird. Im Mittelpunkt stehen dabei: bezahlbare Energie, ein Ende der Überregulierung, schnellere Verfahren, niedrigere Steuern. Unsere Betriebe und ihre Mitarbeiter brauchen spürbare Entlastungen. Die schaffen wir nur mit echten Strukturreformen. Geht es dem Mittelstand gut, geht es Deutschland gut.

Den ersten Aufschlag macht die Bundesregierung dafür mit ihrem Sofortprogramm. Darin finden sich viele Forderungen der MIT. Neben der Verabschiedung der Haushalte 2025 und 2026 werden wir bis zur Mitte des Jahres eine Investitionsoffensive starten, Planungs-, Bau-, Umwelt-, Vergabe- und Verfahrensregeln entschlacken, digitalisieren, Energiekosten senken, Steuern reduzieren und bürokratische Hürden abschaffen.

Auf geht's! Damit Deutschland wieder Aufstiegsland wird. Die Kraft vor Ort ist da. Lassen wir diese einfach machen.

Ihre

Gitta Connemann MdB
MIT-Bundesvorsitzende



Steuerschätzung: Wachstumsimpulse wichtiger denn je

Die neue Steuerschätzung liegt vor: Zwar steigen die Steuereinnahmen weiter an, jedoch fällt der Zuwachs geringer aus als bislang erwartet. So sollen sich 2025 die gesamten Steuereinnahmen des Staates auf gut 979 Milliarden Euro belaufen, das sind 32 Milliarden Euro mehr als 2024. Der Prognose zufolge werden 2026 die Steuereinnahmen des Staates mit 1.006 Milliarden Euro erstmals die Schwelle von 1 Billion Euro überschreiten. Bis 2029 rechnen die Experten mit einem aufgrund der schwachen wirtschaftlichen Dynamik verlangsamt anstiege der Steuereinnahmen – im Vergleich

zur Projektion von Oktober 2024 soll die Zunahme um 81 Milliarden Euro niedriger ausfallen.

„Die aktuelle Steuerschätzung ist ein Weckruf“, kommentiert DIHK-Hauptgeschäftsführerin Helena Melnikov die Zahlen: „Ohne Wachstum sinken die finanziellen Spielräume des Staates.“ Klar sei jedoch: „Ohne wirtschaftlichen Aufschwung bleibt der Staat langfristig auf wackligem Fundament. Die neue Bundesregierung steht jetzt unter erheblichem Druck, den angekündigten Kurswechsel zügig einzuleiten. Wachstum muss jetzt Priorität haben.“

163.600 offene Stellen! MINT-Fachkräftemangel gefährdet Zukunftsprojekte



Die MINT-Fachkräftelücke bleibt groß! 163.600 MINT-Arbeitsplätze können aktuell nicht besetzt werden, meldet die Bundesvereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände (BDA).

Mit rund 89.600 Personen bilden die MINT-Facharbeiterberufe (Berufsausbildung) im April 2025 die größte Engpassgruppe, gefolgt von rund 56.600 Personen im Segment der sogenannten MINT-Expertenberufe (Akademiker) sowie rund 17.400 im Bereich der Spezialisten- beziehungsweise Meister- und Technikerberufe. Die größten Engpässe bestehen in Energie-/Elektroberufen (rund 57.800), Maschinen- und Fahrzeugtechnik (rund 32.400), Bauberufen (rund 26.100), Metallverarbeitung (rund 24.200) und IT (rund 11.200). In den anderen MINT-Bereichen fehlen in Summe 11.900 Personen. Durch demografischen Wandel und sinkende Absolventenzahlen verschärft sich der Fachkräftemangel weiter.

Stellenabbau verringert sich

Weniger Unternehmen in Deutschland wollen Stellen abbauen. Das ifo Beschäftigungsbarometer stieg im Mai auf 95,2 Punkte, nach 94,0 Punkten im April. „Der Arbeitsmarkt zeigt erste Anzeichen einer Stabilisierung“, sagt Klaus Wohlrabe, Leiter der ifo Umfragen. „Ob daraus eine echte Trendwende wird, hängt maßgeblich von der weiteren wirtschaftlichen Entwicklung ab.“

In der Industrie ist das Barometer zum fünften Mal in Folge gestiegen. Insgesamt bauen die Unternehmen jedoch weiterhin mehrheitlich Stellen ab. Die Dienstleister stocken ihren Personalbestand dagegen leicht auf – insbesondere in der Leiharbeitsbranche keimt vorsichtiger Optimismus auf.

ifo Beschäftigungsbarometer Deutschland * (Saisonbereinigt)



* Verarbeitendes Gewerbe, Dienstleistungssektor, Handel und Bauhauptgewerbe
Quelle: ifo Konjunkturumfragen, Mai 2025

Anzeige

 Investitionsbank
Berlin

Erfolg.Fördern.Berlin.

wachsen mit der IBB



Wir haben die passende finanzielle Förderung, damit Dein Unternehmen wachsen kann. Kompetent, zuverlässig und mit dem Ziel, Dein Geschäft langfristig erfolgreich zu machen.

Hotline Wirtschaftsförderung: 030 / 2125-4747

[ibb.de/wachsen](https://www.ibb.de/wachsen)

Hoffnung Atomkraft

Von Dorothea Schupelius



Dorothea Schupelius ist Hauptstadtkorrespondentin bei „WELT Nachrichtensender“. Als Moderatorin und Reporterin ist sie im täglichen politischen Geschehen des In- und Auslands unterwegs. Ihr Fokus liegt dabei vor allem auf der Berichterstattung aus dem Deutschen Bundestag und auf den Aspekten der Sicherheits- und Wirtschaftspolitik.

Jetzt ist es Thyssenkrupp. Ein Urgestein der deutschen Industrie steht vor der Zerschlagung. Eigentlich ein historisches Ereignis, reiht sich die Thyssenkrupp-Nachricht lediglich ein in eine lange Liste alarmierender Schlagzeilen über den Zustand deutscher Unternehmen: Stellenabbau, Standortschließungen, Verlagerungen ins Ausland. Der Konzern, einst Inbegriff deutscher Ingenieurskunst, wird zweifellos durch Missmanagement, aber mindestens ebenso durch hohe Energiepreise, globale Konkurrenz und politische Unsicherheit in die Knie gezwungen. Was Thyssenkrupp nicht mehr schafft, bringt den deutschen Mittelstand schon seit längerem zunehmend unter Druck.

2023 mussten laut Creditreform und ZEW mehr als 196.000 Unternehmen in Deutschland schließen – ein Anstieg um 16 Prozent. Besonders betroffen: energieintensive Branchen. Selbst vermeintliche Zukunftsfelder wie Umwelttechnik, IT und Diagnostik erleben einen Exodus.

Der Grund liegt auf der Hand: Der Strom ist zu teuer, die Versorgung unsicher. Die letzte Regierung betrieb Energiepolitik mit der Brechstange statt mit Augenmaß. Wer Klimaneutralität will, aber gleichzeitig auf Kohle, Gas und Atomkraft verzichtet, verabschiedet sich aus der Realität. Ob die neue Regierung das Ruder herumreißen kann, ist offen.

Dabei steht viel auf dem Spiel. Es ist Zeit, ehrlich zu sein: Die Energiewende wird ohne Atomkraft nicht funktionieren. Denn auch Windräder stehen still, wenn der Wind nicht weht. Und Solaranlagen liefern keinen Strom, wenn es dunkel ist. Die nötige Grundlast – das Rückgrat unserer Energieversorgung – wird derzeit noch durch fossile Kraftwerke gedeckt. Wenn wir diese abschalten, ohne verlässlichen Ersatz zu

haben, droht die Deindustrialisierung. Und teilweise hat sie schon begonnen.

Wohlstand und Klimaschutz schließen sich nicht aus, im Gegenteil. Eine funktionierende Wirtschaft ist der Motor für Innovation – und nur durch Innovation kann Klimaschutz langfristig sozial verträglich gelingen. Voraussetzung dafür ist eine moderne Atomkraft, denn sie ist sicher, effizient – und klimaneutral. Die USA machen es vor, Frankreich ebenso. Belgien hat seinen Atomausstieg gestoppt – und auch in Deutschland mehren sich die Stimmen der Vernunft. Die Bundesregierung hat ihren Widerstand gegen den Pro-Atomkurs der EU aufgegeben. Atomkraft gilt nun auch hierzulande als grüne Energiequelle – ein erster, überfälliger Schritt.

Amerikanische Wissenschaftler gehen sogar davon aus, dass sechs der kürzlich abgeschalteten deutschen

Atomkraftwerke wieder ans Netz gehen könnten. Sie sind abbezahlt, ihr Betrieb wäre also nicht nur sicher, sondern auch extrem günstig – und das ohne neue Emissionen. Warum nutzen wir diese Chance nicht?

Ein Technologiestandort wie Deutschland sollte technologieoffen sein – auch gegenüber kleinen, modularen Reaktoren (SMRs), wie sie derzeit in den USA und Kanada erprobt werden. Eine kurzfristige Lösung bieten SMRs nicht, sie sind noch nicht marktreif. Aber sie sind erfolgsversprechend – und Deutschland kurz davor, auch hier den Anschluss zu verpassen. Wirtschaftsministerin Reiche (CDU) hat angekündigt, dass Forschung in diesem Bereich wieder möglich sein soll. Sogar als „nachhaltig“ will sie Atomkraft wieder einstufen. Das ist richtig und überfällig. Originell ist es nicht: Sogar der UN-Klimarat sieht AKW inzwischen als Teil einer nachhaltigen Energiestrategie. Umso schlimmer, dass keineswegs garantiert ist, dass Reiche sich durchsetzen kann. Sowohl Bundesumweltminister Schneider (SPD) als auch die Grünen reagierten auf Reiches Vorstoß schnell mit heftigem Widerspruch.

Deutschland muss sich entscheiden: Wollen wir Wohlstand und Klimaschutz verbinden – oder beides verspielen? Ohne eine verlässliche, bezahlbare und saubere Energiequelle werden Unternehmen weiterhin ins Ausland abwandern. Arbeitsplätze gehen verloren. Innovation zieht weiter. Das trifft zuallererst die sozial Schwächsten – und die Umwelt! Atomkraft ist gewiss kein Allheilmittel, aber sie ist ein notwendiger Bestandteil eines realistischen, klimaneutralen Energiemixes. Es ist Zeit für einen Kurswechsel – bevor es zu spät ist. ●

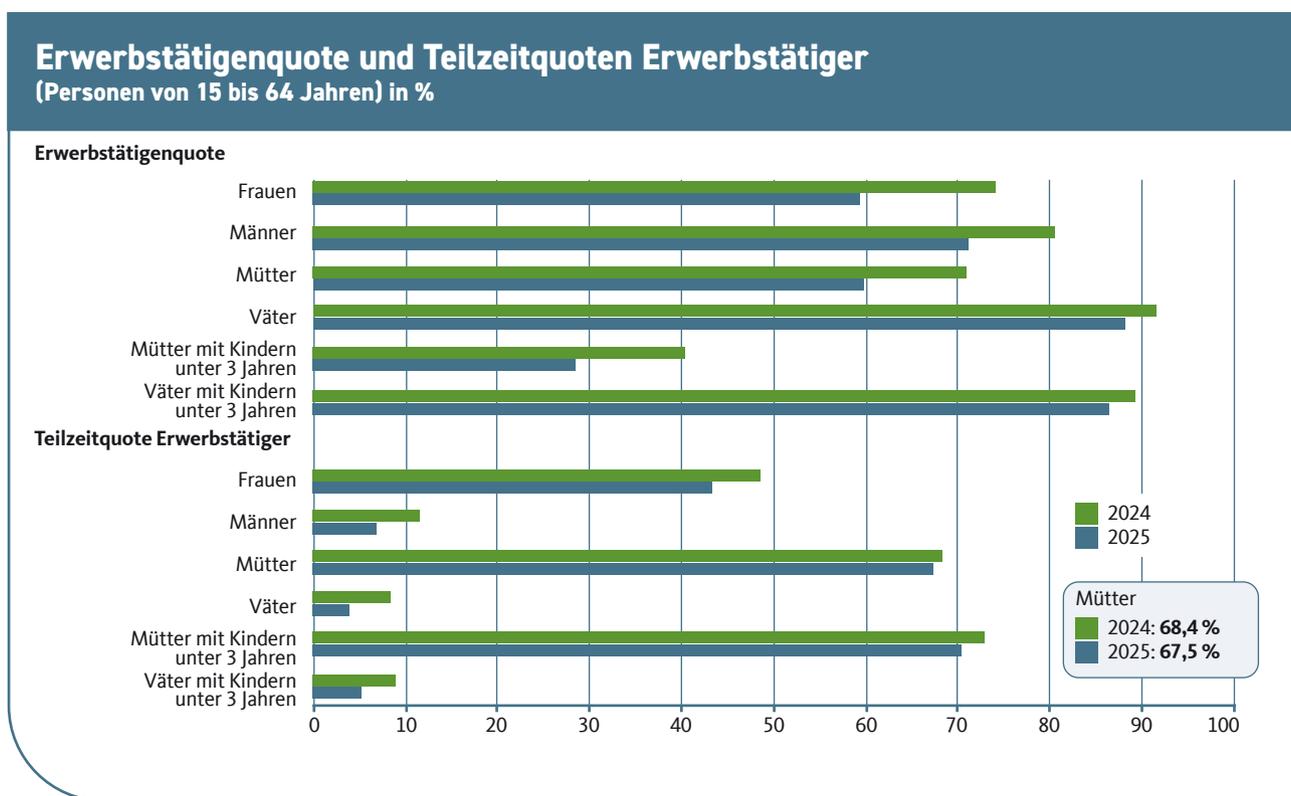
Der Beitrag gibt die persönliche Meinung der Autorin wieder.

Fast jede zweite erwerbstätige Frau arbeitet in Teilzeit

Im Jahr 2024 haben 29 Prozent der Erwerbstätigen in Deutschland in Teilzeit gearbeitet. Frauen waren dabei mehr als viermal so häufig in Teilzeit tätig wie Männer: Während fast jede zweite Frau (49 Prozent) Teilzeit arbeitete, traf dies nur auf gut jeden neunten Mann (12 Prozent) zu, meldet das Statistische Bundesamt.

Die Erwerbstätigenquote der 15- bis 64-Jährigen betrug im Jahr 2024 gut 77 Prozent und erreichte damit ebenfalls

einen Rekordwert. Bei den Männern lag die Erwerbstätigenquote mit 81 Prozent rund 7 Prozentpunkte höher als bei den Frauen mit 74 Prozent. Der Abstand zwischen Männern und Frauen hat sich in den letzten 20 Jahren deutlich verringert: So stieg die Erwerbstätigenquote von Frauen seit 2005 von gut 59 Prozent um rund 15 Prozentpunkte, während der Anstieg bei den Männern mit knapp 10 Prozentpunkten (2005: 71 Prozent) geringer ausfiel.



Anzeige

Logistik-Lösungen für Leistungsträger

dynamisch · zertifiziert · inhabergeführt



Logistik · Network · Workspace

Für kleine und ganz große Aufgaben:

140.000 Palettenstellplätze · 160 Fahrzeuge · 450 Mitarbeiter · Warehouse-Management · SAP · Onlinehandel · Akku-/Batterie-/Gefahrgutlager, Sondertransporte · Sicherheitsbereich · Entsorgung · eigenes Büro möglich, Aviation-Service · Reg.B. · BIO-zertifiziert · 365/24 -Lager im Dreieck A7 / A2



www.ebeling-logistik.de

Hannover / Wedemark · Tel. 05130-5800-0



Wir schaffen wirtschaftliche Lösungen



Neustart für



Der Politikwechsel ist da: Die unionsgeführte Regierung unter der Führung von Friedrich Merz hat ihre Arbeit aufgenommen – und gibt gleich Vollgas

Aufbruchstimmung in Deutschland: Die neue Bundesregierung unter Friedrich Merz setzt vom Start an wichtige Akzente – auch und gerade in der Wirtschaftspolitik.

Das zeigte sich gleich in der ersten Regierungserklärung des neuen Bundeskanzlers am 14. Mai. Darin sicherte Friedrich Merz zu: „Wir werden alles daransetzen, Deutschlands Wirtschaft wieder auf Wachstumskurs zu bringen. Indem wir investieren und reformieren. Beides gehört zusammen! Auch in der Wirtschaftspolitik bin ich deshalb der Überzeugung: Wir können aus eigener Kraft heraus wieder zu einer Wachstumslokomotive werden, auf die die Welt mit Bewunderung blickt. Wir werden deshalb Wettbewerbsfähigkeit zum Maßstab unserer Wirtschafts- und Finanzpolitik machen.“

„*Wir werden alles daransetzen, Deutschlands Wirtschaft wieder auf Wachstumskurs zu bringen.*“

Deutschland



Anpacken für Deutschland! Das versprochen CDU-Generalsekretär Carsten Linnemann, unsere Bundesvorsitzende Gitta Connemann und Parteichef Friedrich Merz auf dem Bundesausschuss (ganz links); Historischer Moment! Am 6. Mai wählte der Bundestag Friedrich Merz zum Bundeskanzler (links); CDU-Parteichef Friedrich Merz legt als zehnter Bundeskanzler der Bundesrepublik Deutschland seinen Amtseid ab (unten); Am 7. Mai überreichte die neue Bundeswirtschaftsministerin Katherina Reiche unserer MIT-Bundesvorsitzenden Gitta Connemann ihre Ernennungsurkunde zur Parlamentarischen Staatssekretärin (ganz unten)



Arbeitsplätze erhalten, neue Jobs ermöglichen

Merz ergänzte: „Wir wollen vor allem die Arbeitsplätze in der produzierenden Industrie erhalten, neue Arbeitsplätze dort ermöglichen und vor allem wollen wir den Strukturwandel, den wir ‚Transformation‘ nennen, hin zu modernsten Technologien mit ressourcenschonender Energieversorgung, mit durchgreifender Digitalisierung, mit Künstlicher Intelligenz ermöglichen und fördern.“

Damit die Wirtschaft wieder läuft, setzt die neue Regierung auf weniger Steuern, weniger Bürokratie und mehr Anreize für Investitionen. Unternehmen sollen durch Abschreibungen, sinkende Körperschaftsteuer und geringere Abgaben entlastet werden. Damit sich Fleiß wieder mehr lohnt, sollen auch Arbeitnehmer profitieren: Mittlere und kleine Einkommen werden bei der Einkommensteuer entlastet und Überstundenzuschläge sollen steuerfrei werden. Das Bürgergeld wird durch





Auf dem Bundesausschuss am 28. April präsentierte Friedrich Merz seine Regierungsmannschaft (oben links); Power-Politik aus Ba-Wü! Nina Warken, die neue Gesundheitsministerin, Kanzleramts-Chef Thorsten Frei und die stv. CDU-Generalsekretärin Christina Stumpp (oben, v.l.n.r.); CDU-Präsidiums-Mitglieder in der ersten Reihe beim Bundesausschuss (links)

eine neue Grundsicherung ersetzt, die das Prinzip des Förderns und Forderns stärkt. Zu den konkreten Maßnahmen, die schnell zur Entlastung des Mittelstandes auf den Weg gebracht werden, gehören niedrigere Energiepreise, Turbo-Abschreibungen und ein massiver Bürokratierückbau – einschließlich der Abschaffung des nationalen Lieferkettensorgfaltspflichtengesetzes.



„Nur als echte Arbeitskoalition können wir für unser Land erfolgreich sein.“

Politikwechsel binnen weniger Wochen

Der Politikwechsel in Deutschland war binnen weniger Wochen zustande gekommen: Die Union war am 23. Februar aus der Bundestagswahl klar als stärkste Kraft hervorgegangen. Im Anschluss

haben CDU, CSU und SPD intensiv über einen Koalitionsvertrag verhandelt. Der Bundesausschuss der CDU stimmte dem Vertrag am 28. April in Berlin zu – bei dieser Gelegenheit präsentierte Friedrich Merz auch seine Regierungsmannschaft. Darunter war auch unsere MIT-Bundesvorsitzende Gitta Connemann, die mittlerweile zur Parlamentarische Staatssekretärin im Bundesministerium für Wirtschaft und Energie sowie Mittelstandsbeauftragten der Bundesregierung ernannt wurde.

Am 5. Mai wurde der Koalitionsvertrag unterzeichnet, einen Tag später wählte der Bundestag Friedrich Merz zum zehnten Bundeskanzler der Bundesrepublik Deutschland. Die Wahl und Vereidigung des Bundeskanzlers und der Minister bildeten den Startpunkt für die neue Regierung.

Eine echte Arbeitskoalition

Klar ist: Die großen Aufgaben, die zu bewältigen sind, nehmen die neue Regierung seit Tag 1 in die Pflicht. „Der Koalitionsvertrag von CDU, CSU und SPD ist ganz bewusst mit den Worten ‚Verantwortung für Deutschland‘ überschrieben“, sagt Friedrich Merz. „Wir haben uns damit nicht weniger als einen Arbeitsvertrag gegeben. Wir müssen die Probleme entschlossen anpacken und lösen. Nur als echte Arbeitskoalition können wir für unser Land erfolgreich sein.“



Dr. Juliane Berndt
Leiterin Kommunikation
Chefin v. Dienst Mittelstandsmagazin
berndt@mit-bund.de



Olaf Scholz gratuliert seinem Nachfolger (li.); Gitta Connemann gab auf dem Bundesausschuss jede Menge Interviews (re.); Abstimmung auf dem „kleinen Parteitag“ im Estrel-Hotel in Berlin (ganz re.)



Fotos: Burmann/City-Press, Tobias Koch, BMWK/Andreas Mertens



Zukunft. Machen.

Agenda für eine neue Dynamik.

Deutschland kann mehr – mehr als in den letzten Jahren deutlich geworden ist. Dazu muss unser Land endlich vom „Reden“ ins „Machen“ kommen. Von einem Aufschwung müssen alle Menschen in Deutschland profitieren. Wir in der Sparkassen-Finanzgruppe verstehen uns dabei als „Möglichmacher“. Wir haben Vorschläge, was verändert werden muss, um gemeinsam eine neue Dynamik zu entfachen.



Erfahren Sie mehr über
unsere Vorschläge unter
www.dsgv.de/zukunftmachen



Weil's um mehr als Geld geht.

... und das sind die neuen Bundestags-Abgeordneten aus der MIT-/MU-Familie!



A Iso das kann sich sehen lassen: Mehr als 70 Prozent der Unions-Bundestagsfraktion sind Mitglieder der MIT und der MU – das ergab eine Auswertung unmittelbar nach dem Wahlausgang. „Die neue Fraktion ist auf Merz-Kurs“, bilanziert Gitta Connemann dazu im „Stern“, „denn Friedrich Merz steht für die Werte des Mittelstandes – wirtschaftliche Vernunft, Verantwortungsbewusstsein, einen klaren ordnungspolitischen Kurs.“ Auf dieser Seite sehen Sie die 36 neuen Mitglieder der Unions-Fraktion, die Mitglieder der MIT- und MU-Familie sind. Herzlich Willkommen im Bundestag!

Doch damit nicht genug: MIT- und MU-Mitglieder stellen 28 von 33 Posten auf der Unions-Seite in der neuen Bundesregierung (auch Friedrich Merz ist in der MIT – und zwar seit 1997). Das bedeutet: Über 84 Prozent der Minister und Parlamentarischen Staatssekretäre mit CDU/CSU-Parteibuch gehören der Wirtschafts- und Mittelstandsunion an.

MIT wirkt eben!

Fotos: Yves Sucksdorff, Matthias Velensek, Christin Schmidt, Tobias Koch, Felix Mayr, Nina Duderstadt, Uwe Hüttner, Ilona Szymanska, Andrea Ruf, Christopher Krusche, CSU Rottal-Inn, Verena S. Mautner, Jan-Wilhelm Pohlmann, Paul Schneider, CDU-Kreisverband Nordfriesland/Michael Gehring, Hermann Penttermann, Guido Werner, Marcel Wiesten, Oliver Radkau, Wilfried Wulff, David Peters, Carsten Simon, CDU Schleswig-Holstein, Christoph Leonhardt, Susanne Mölle



1. Adrian Grasse
2. Alexander Jordan
3. Anna Aikens
4. Benedikt Büdenbender
5. Caroline Bosbach
6. Christoph Frauenpreiß
7. Daniel Kölbl
8. David Gregosz
9. Dr. David Preisendanz
10. Dr. Hülya Düber
11. Dr. Stefan Korbach
12. Florian Bilic
13. Fredric Bouffier
14. Günter Baumgärtner
15. Hans Koller
16. Henri Schmidt
17. Jan-Wilhelm Pohlmann
18. Johannes Volkmann
19. Johannes Wiegemann
20. Dr. Katja Strauss-Köster
21. Leif Erik Bodin



11



12

22. Lukas Krieger
23. Lutz Brinkmann
24. Michael Hose
25. Nicklas Kappe
26. Nora Seitz
27. Oliver Pöpsel
28. Pascal Reddig
29. Prof. Dr. Hans Theiss
30. Prof. Dr. Hendrik Streeck
31. Prof. Dr. Matthias Hiller
32. Roland Theis
33. Sebastian Schmidt
34. Siegfried Walch
35. Vanessa Zobel
36. Wolfgang Dahler



13



14



15



16



17



18



19



20



21



22



23



24



25



26



27



28



29



30



31



32



33



34



35



36

Staatsquote begrenzen: Für mehr Freiheit, Wettbewerb und Eigenverantwortung

Deutschland steht an einem ordnungspolitischen Wendepunkt. Die Staatsquote – also der Anteil der staatlichen Ausgaben am Bruttoinlandsprodukt – liegt aktuell bei rund 49,5 Prozent. Für das Jahr 2025 erwarten die führenden Wirtschaftsforschungsinstitute sogar einen Anstieg über die Marke von 50 Prozent, für 2026 wird ein weiterer Anstieg auf mehr als 51 Prozent prognostiziert. Damit droht der Staat, wirtschaftliche Freiräume zunehmend zu erdrücken. In einem aktuellen Beschluss des Bundesvorstands warnt die Mittelstands- und Wirtschaftsunion (MIT): Diese Entwicklung ist nicht nur fiskalisch riskant, sondern auch ordnungspolitisch gefährlich.

Was ist die Staatsquote?

Die Staatsquote bzw. Staatsausgabenquote misst den Anteil der gesamten staatlichen Ausgaben – also von Bund, Ländern, Kommunen und Sozialversicherungen – an der gesamtwirtschaftlichen Leistung, dem Bruttoinlandsprodukt (BIP). Sie umfasst sowohl konsumtive Ausgaben (wie Sozialleistungen oder Beamtengehälter) als auch staatliche Investitionen. Je höher die Staatsquote, desto stärker ist die wirtschaftliche Rolle des Staates. Doch was als Kennzahl beginnt, wird schnell zur Grundsatzfrage: Wie groß darf der Staat sein, bevor er Eigenverantwortung und Wettbewerb verdrängt?

Entwicklung seit 1991 – Ein Blick in die Geschichte

Die Staatsquote in Deutschland unterlag seit der Wiedervereinigung erheblichen Schwankungen. Den höchsten Stand der letzten Jahrzehnte verzeichnete das vereinigte Deutschland im Jahr 1995 mit einer Quote von 55,2 Prozent.

MIT will Rückkehr zu ordnungspolitischer Vernunft: Eine Zielmarke bei der Staatsquote von unter 45 Prozent bis 2030



Dieser Wert ist kein Zufall: Er resultierte im Wesentlichen aus der Übernahme der Schulden der Treuhandanstalt, die im Rahmen der deutschen Einheit auf den Staat übergingen. In der volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung wurden diese als Vermögenstransfer verbucht – ein Sondereffekt, der die Staatsausgaben in jenem Jahr sprunghaft ansteigen ließ.

Nach diesem Höhepunkt sank die Staatsquote über viele Jahre hinweg kontinuierlich und lag um die Jahrtausendwende bei rund 44–45 Prozent. Erst mit der Finanzkrise 2008/09 stieg sie wieder deutlich an, ebenso während der Corona-Pandemie, als umfangreiche Hilfsmaßnahmen und konjunkturelle Einbrüche sie temporär über 50 Prozent schnellen ließen. 2020 erreichte sie pandemiebedingt einen weiteren Spitzenwert von 51,3 Prozent. Trotz Rückgang in den Folgejahren ist eine Rückkehr zum Vorkrisenniveau bislang nicht gelungen: Für 2024 meldet das Statistische Bundesamt einen erneuten Anstieg auf 49,5 Prozent.

Internationale Vergleiche: Deutschland droht den Anschluss zu verlieren

Im europäischen Vergleich liegt Deutschland mit seiner Staatsquote über dem EU-Durchschnitt. Nach Daten der OECD (2023) rangiert Frankreich mit über 58 Prozent an der Spitze, gefolgt von Belgien, Finnland und Italien. Deutschland liegt mit seinen knapp 50 Prozent im oberen Mittelfeld – deutlich über den Quoten der Niederlande (44 Prozent), der Schweiz (33 Prozent) oder Irlands (25 Prozent). Länder mit vergleichsweise niedriger Staatsquote zeichnen sich häufig durch höhere wirtschaftliche Dynamik, geringere Steuerlasten und mehr Beschäftigung aus.

„Bei einer Staatsquote von 50 Prozent beginnt der Sozialismus“

Schon Helmut Kohl soll vor der ordnungspolitischen Gefahr einer zu stark wachsenden Staatsquote mit dem Satz gewarnt haben: „Bei einer Staatsquote von 50 Prozent beginnt der Sozialismus.“ In der anhaltenden Ausweitung staatlicher Ausgaben besteht nicht nur ein fiskalisches Problem, sondern eine strukturelle Schieflage: Je stärker der Staat als Akteur auftritt, desto weniger Raum bleibt für private Initiative, marktwirtschaftliche Kräfte und zivilgesellschaftliches Engagement. Die Folge: mehr Bürokratie, geringere Innovationskraft, schwindende Eigenverantwortung.

MIT-Bundesvorstandsbeschluss vom 24. Mai: „Obergrenze für die Staatsquote: Zielmarke unter 45 Prozent des BIP bis 2030“

Diese Quote versteht sich nicht als starre Grenze, sondern als politischer Handlungsrahmen, der Ausgabendisziplin, Aufgabenkritik und Priorisierung erzwingt. Denn: Eine niedrigere Quote kann nicht durch bloße Umverteilung im System erreicht werden – etwa durch steigende Sozialabgaben oder Einsparungen bei Investitionen. Es braucht echte Strukturreformen.

Die zentralen Forderungen des Beschlusses im Überblick:

1. Obergrenze für die Staatsquote: Zielmarke unter 45 Prozent des BIP bis 2030.
2. Tiefgreifende Strukturreformen – besonders in Sozialstaat, Verwaltung, Subventionswesen und Förderpolitik.
3. Keine neuen dauerhaften Sozialleistungen, wenn keine Gegenfinanzierung, strukturelle Notwendigkeit und Effizienzprüfung vorliegt.
4. Haushaltsklarheit, Aufgabenkritik und Investitionspriorität – Bildung, Digitalisierung, Infrastruktur statt konsumtiver Ausgaben.
5. Förderung von Subsidiarität und Eigenverantwortung – privat und zivilgesellschaftlich vor staatlich.
6. Kein weiterer Anstieg der Sozialabgaben – keine weitere Mehrbelastung von Arbeitnehmern und Betrieben durch steigende Beitragssätze und Bemessungsgrenzen.



Oliver Zander

Hauptgeschäftsführer
Arbeitgeberverband
Gesamtmittel



„Im internationalen Vergleich ist die Staatsausgabenquote in Deutschland schon jetzt besonders hoch. Im ersten Quartal 2025 liegt sie bei über 50 Prozent. Durch die geplanten massiven Rüstungs- und Infrastrukturausgaben explodiert sie, wenn nicht bei den Konsumausgaben des Staates, den Sozialausgaben und den Subventionen klar priorisiert und kräftig gespart wird. Geschieht das nicht, erdrückt der Staat irgendwann die Wirtschaft finanziell, denn Staatseinnahmen und Staatsausgaben müssen auf Dauer ausgeglichen sein.“

**Reiner Holznagel**

Präsident Bund der
Steuerzahler Deutschland

„Markt vor Staat? Fehlansage! Die Staatsquote übersteigt bald 50 Prozent – dann würde der Staat mehr als die Hälfte des ganzen wirtschaftlichen Outputs für seine Ausgaben verwenden. Dazu trägt auch der neue Schuldenfetisch bei. Ein fataler Irrweg! Hier droht eine Erosion ordnungspolitischer Prinzipien, mehr Belastung für Steuerzahler – und die wirtschaftliche Freiheit kommt unter die Räder!“

Der MIT-Beschluss: Staatsquote unter 45 Prozent bis 2030

Vor diesem Hintergrund hat der Bundesvorstand der Mittelstands- und Wirtschaftsunion am 24. Mai einen richtungsweisenden Beschluss gefasst: Unter dem Titel „Staatsquote begrenzen – Freiheit, Wettbewerb und Eigenverantwortung sichern“ fordert die MIT eine Kehrtwende in der staatlichen Ausgabenpolitik. Im Zentrum steht eine klare Zielmarke: „Obergrenze für die Staatsquote: Zielmarke unter 45 Prozent des BIP bis 2030.“

Denn: Ein dauerhaft hoher Staatsanteil führt nicht zwingend zu mehr Wohlstand oder sozialer Gerechtigkeit – im Gegenteil: Er verdrängt Marktmechanismen, lähmt Innovation, bindet Kapital und lässt kaum Raum für die individuelle Gestaltungskraft der Bürger. Die MIT will deshalb die Soziale Marktwirtschaft stärken, in der der Staat klare Regeln setzt, sich aber auf seine Kernaufgaben konzentriert.

Fazit: Weniger Staat – mehr Zukunft

Die Staatsquote ist mehr als eine statistische Kennzahl. Sie ist ein Gradmesser für Freiheit, Leistung und Verantwortung. Eine Rückführung unter 45 Prozent ist ambitioniert, aber notwendig – nicht, um den Staat abzubauen, sondern um ihn effizienter, zielgerichteter und generationengerechter zu machen.

Die MIT setzt mit ihrem Beschluss ein klares Signal für mehr marktwirtschaftliche Vernunft. Es ist höchste Zeit, der schleichenden Verstaatlichung unserer Gesellschaft entschieden entgegenzutreten – nicht aus Ideologie, sondern aus Verantwortung. ●



Bastian Pophal
Referent für Arbeit,
Gesundheit und Soziales
pophal@mit-bund.de



„Dinge besser zu machen, ist unser Anspruch – auch im HR-Bereich. Mit unserer Steuerberatung und DATEV sind wir zukunftssicher aufgestellt.“

Martin Esslinger und Karin Bernecker, ORTLIEB Sportartikel GmbH

Ob Produkte, Dienstleistungen oder organisatorische Prozesse – eine kontinuierliche Optimierung ist die Basis für jeden Unternehmenserfolg. Dazu braucht es besonders im HR-Bereich flexible Möglichkeiten, um neuen Anforderungen effizient zu begegnen. Mit dem Know-how Ihrer Steuerberatung und den HR-Lösungen von DATEV ist Ihr Unternehmen bereit für jede Herausforderung.



gemeinsam-besser-machen.de



Kreislaufwirtschaft fördern – Klima schützen und Versorgung

Das läuft rund!
In dieser Branche erwirtschaften 11 000 Unternehmen rund 70 Milliarden Euro Umsatz. Was braucht die Kreislaufwirtschaft, um ganz vorne zu bleiben?



absichern

Als rohstoffarmes Land ist Deutschland auf eine leistungsfähige Kreislaufwirtschaft angewiesen. Das Modell der Kreislaufwirtschaft basiert auf dem Prinzip, Ressourcen im Wirtschaftskreislauf so lange wie möglich auf einem hohen Nutzungsniveau zu halten. Durch Wiederverwendung, Reparatur, Aufbereitung und Recycling werden geschlossene Kreisläufe geschaffen. Das spart Energie, Rohstoffe und Kosten.

Die Kreislaufwirtschaft bietet große Chancen für Deutschland – nicht nur als geopolitischer Vorteil bei der Versorgung mit Energie und Rohstoffen, nicht nur als Beitrag zum Schutz von Umwelt und Klima. Die Kreislaufwirtschaft ist auch eine Zukunftsbranche mit gewaltigem Wachstumspotenzial.

Zukunftsbranche mit technologischer Spitzenposition

Als Branche und Arbeitgeber ist die Kreislaufwirtschaft schon heute ein großer Wirtschaftsfaktor in Deutschland. Laut einer Studie von Prognos erzielen hierzulande 11 000 Unternehmen in dieser Branche rund 70 Milliarden Euro Umsatz pro Jahr bei einer Bruttowertschöpfung von fast 25 Milliarden Euro. Mehr als 250 000 Beschäftigte arbeiten in der Kreislaufwirtschaft. Damit sind genauso viele Menschen in der Kreislaufwirtschaft beschäftigt wie in der Energieversorgung und fast viermal so viele Personen wie in der Wasser- und Abwasserwirtschaft.

Produktions- und Umwelttechniken aus Deutschland haben dabei auch

„Kreislaufwirtschaft muss einen ‚Pay out‘ haben. Ein marktwirtschaftlicher Ansatz ist dabei gegenüber verpflichtendem Ordnungsrecht im Vorteil.“

MIT-Präsidiumsmitglied Dr. Matthias Heider

international einen hohen Stellenwert. Im Ranking des Innovationsindikators des „Bundesverband der Deutschen Industrie“ (BDI), Fraunhofer ISI und des „Leibniz-Zentrum für Europäische Wirtschaftsforschung“ (ZEW) wird die Kategorie „Schlüsseltechnologie Kreislaufwirtschaft“ unter 38 Staaten von Deutschland mit 46 Punkten auf Platz eins angeführt, was sich durch gute Indexwerte bei nahezu allen Unterindikatoren begründen lässt. Laut Innovationsindikator ist Deutschland im Bereich der Kreislaufwirtschaft in der Lage, „ein in allen Dimensionen wettbewerbsfähiges Innovationsökosystem zu betreiben“. Patente, Marken und auch der Außenhandel der deutschen Kreislaufwirtschaft sind weltweit wettbewerbsfähig.

„Die Einschätzungen der Unternehmen zeigen: Wir haben am Standort Deutschland generell die Chance, mit der Transformation zur ‚Circular Eco-

nomy‘ die Wirtschaft zu stärken und die Umwelt zu schützen. Deutschland hat im internationalen Vergleich schon jetzt hohe Recyclingquoten und großes industrielles Know-how“, betont auch der stellvertretende Hauptgeschäftsführer der „Deutschen Industrie- und Handelskammer“ (DIHK),

Achim Dercks. Dennoch: Bei wissenschaftlichen Publikationen und auch bei computerimplementierten Erfindungen sind einzelne andere Länder besser aufgestellt. Die Grundlagenforschung bietet hier noch Möglichkeiten zur Verbesserung.

Sicherung von Klima und geopolitischer Unabhängigkeit

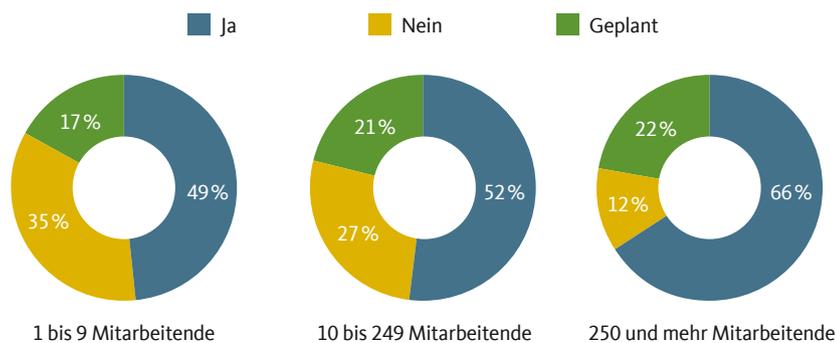
Doch die Bedeutung der Kreislaufwirtschaft für Deutschland reicht über die rein wirtschaftlichen Potenziale hinaus. Weltweit steigt die Nachfrage nach Rohstoffen, die damit immer knapper werden. Gründe sind neben dem Wachstum der Weltbevölkerung auch die Energiewende und neue Technologien. Für resiliente Lieferketten und einen erfolgreichen Industriestandort Deutschland und Europa braucht es neben einer sicheren und global wettbewerbsfähigen Energieversorgung alle drei Säulen unserer Rohstoffversorgung. Die Kreislaufwirtschaft hält Rohstoffe im Nutzungskreislauf und bietet so hier einen erheblichen Zugewinn an Versorgungssicherheit und geopolitischer Unabhängigkeit.

Außerdem spielt die Kreislaufwirtschaft eine wichtige Rolle im Umwelt- und Klimaschutz. Seit 1990 hat die

Dr. Matthias Heider,
MIT-Präsidiumsmitglied



DHK-Umfrage: Haben Sie sich bereits damit auseinandergesetzt, wie Sie Ihr Geschäftsmodell mit Elementen der Kreislaufwirtschaft bzw. zirkulären Wirtschaft anpassen können? (siehe Grafik rechts)



Quelle: DIHK

Kreislaufwirtschaft laut Prognos rund 100 Millionen Tonnen CO₂-Äquivalente eingespart und damit erheblich zum Klimaschutz beigetragen. Bis zum Jahr 2030 und darüber hinaus kann die

„Viele Unternehmen sehen die Chancen, die ihnen die Entwicklung zur zirkulären Wirtschaft bietet. Die Politik sollte diese positive Stimmung nutzen und jetzt die richtigen Weichen stellen.“

Achim Dercks, stellvertretender DIHK-Hauptgeschäftsführer

Kreislaufwirtschaft laut dem Institut bis zu 75 Millionen Tonnen CO₂-Äquivalente zusätzlich einsparen, sofern die Rahmenbedingungen stimmen.

Ordnungspolitik für eine starke Kreislaufwirtschaft

Die Kreislaufwirtschaft kann aber nur erfolgreich sein als wirtschaftspolitisches Gesamtkonzept, das konsequent und ganzheitlich umgesetzt wird. Das erfordert Zusammenarbeit von Unternehmen entlang der Wertschöpfungskette und vor allem gute rechtliche Rahmenbedingungen. Im Mittelstand besteht ein hohes Interesse an besseren Rahmenbedingungen für eine funktionierende Kreislaufwirtschaft. Entscheidend für sie ist ein marktwirtschaftlicher und wettbewerblcher Ansatz, der über die Instrumente verpflichtenden Ordnungsrechts hinausgehen muss.

Schon heute hat die Kreislaufwirtschaft im Rahmen des Green Deals der EU europaweite Bedeutung. Mit der Verabschiedung des Circular Economy Action Plan (CEAP) wurden bereits 2020 die Grundlagen für eine Stärkung des Kreislaufprinzips gelegt. Im Koalitionsvertrag der neuen Bundesregierung haben sich CDU, CSU und SPD darauf verständigt, die Kreislaufwirtschaft zu fördern. So hat man unter anderem vereinbart, Kreislaufwirtschaft und chemisches Recycling von Kunststoffen zu unterstützen. Außerdem wollen die Koalitionspartner die Kreislaufwirtschaftsstrategie des Bundes pragmatisch umsetzen und eine Digitalisierungsinitiative zur Schließung von Stoffkreisläufen starten. Die Koalition will Strategien zur Abfallvermeidung, zum Rezyklat-Einsatz und Shared Economy stärken. Darüber hinaus will man sich auf EU-Ebene für

eine Überprüfung von Berichtspflichten im Bereich der Kreislaufwirtschaft einsetzen. Damit hat die neue Bundesregierung von Tag eins an ordnungspolitische Weichen gestellt für die Nutzung der Chancen der Kreislaufwirtschaft.

Notwendige weitere politische Schritte

Nun gilt es, die Potenziale der Kreislaufwirtschaft auch weiterhin politisch zu fördern. „Viele Unternehmen sehen die Chancen, die ihnen die Entwicklung zur zirkulären Wirtschaft bietet. Die Politik sollte diese positive Stimmung nutzen und jetzt die richtigen Weichen stellen“, unterstreicht auch Achim Dercks. Daher setzt sich auch die Mittelstands- und Wirtschaftsunion dafür ein, die Kreislaufwirtschaft in Deutschland durch politische Schritte weiter zu stärken. Die Position der deutschen Kreislaufwirtschaft als globaler Innovationsführer muss weiter ausgebaut werden. Dafür muss man weitere Schritte angehen. In einem aktuellen Positionspapier hat die MIT unter dem Titel „Kreislaufwirt-

Achim Dercks, stv. DIHK-Hauptgeschäftsführer



schaft als Zukunftsmarkt stärken“ den Weg hin zu einer erfolgreichen Kreislaufwirtschaft in Deutschland skizziert.

Wichtig ist uns etwa, dass zirkuläre Geschäftsmodelle weiterentwickelt werden. Dabei ist immer zu beachten, dass sich die Schließung von Stoffkreisläufen für alle Beteiligten ökonomisch auszahlt. „Kreislaufwirtschaft muss einen ‚Pay out‘ haben. Ein marktwirtschaftlicher Ansatz ist dabei gegenüber verpflichtendem Ordnungsrecht im Vorteil“, sagt Matthias Heider, MIT-Präsidiumsmitglied und Experte für Kreislaufwirtschaft. Zusätzliche Steuern oder Abgaben für nicht-recycelte Produkte führen hingegen zu zusätzlichen Belastungen der Wirtschaft, die abzulehnen sind. Die Übernahme von Produktverantwortung durch Unternehmen, die Aufarbeitung oder werkstoffliches Recycling in eigenen Anlagen, erfordert und verdient hingegen politische Unterstützung.

Das gilt auch für Maßnahmen zur Schaffung eines kreislauffähigen Produktdesigns. Ein wirksamer An Schub zur Stärkung der Kreislaufwirtschaft könnte darin bestehen, in einem klar definierten Übergangszeitraum Markteinführungsmaßnahmen zu gewähren. Auch Förderprogramme für Forschung und Innovation im Bereich der Recycling- und Kreislauftechnologien sollten ausgebaut werden. Chemisches Recycling muss als Ergänzung zum mechanischen Recycling für bestimmte Abfallarten ermöglicht werden und in der öffentlichen Beschaffung sollte es möglich sein, kreislauffähige Produkte besonders zu berücksichtigen. Neben der Gestaltung der rechtlichen Rahmenbedingungen kommt es außerdem auf die enge Koordinierung zwischen den europäischen und deutschen Institutionen sowie auf eine rechtliche Harmonisierung an.

Jetzt gilt es, die politischen Rahmenbedingungen konsequent weiter auszugestalten. Mit dem Koalitions-

vertrag hat die neue Bundesregierung erste Schritte gemacht. Auf dem weiteren Weg muss der Mittelstand eingebunden sein. Nur so ist gewährleistet, dass Wertschöpfung und Innovation im Mittelstand stattfinden und deutsche Unternehmen mit Produkten und Dienstleistungen der Kreislaufwirtschaft wettbewerbsfähig blei-

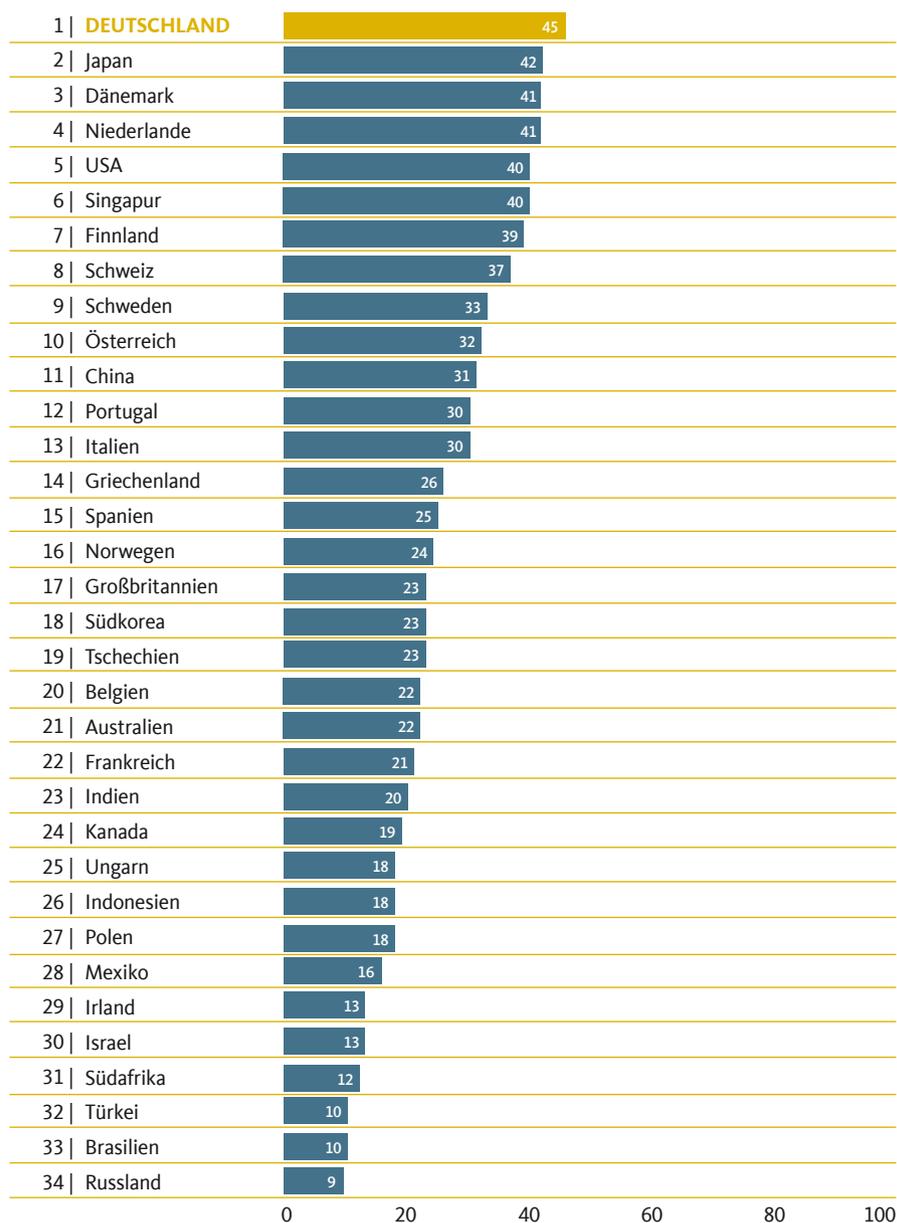
ben. Für eine starke Wachstumsbranche in Deutschland, für eine sichere Versorgung mit Rohstoffen und für den Schutz von Umwelt und Klima. ●



Dr. Christoph Sprich
Referent für Wirtschaft
und Steuern
sprich@mit-bund.de

Kreislaufwirtschaft: Ranking und Indexwerte der Volkswirtschaft

Rang | Volkswirtschaft



Taiwan wird hier aufgrund fehlender Daten nicht ausgewiesen.
Quelle: Innovationsindikator 2024

„Nur mit Homeoffice und unseren Wohlstand nicht

Ministerpräsident Markus Söder spricht im Interview mit Chefredakteur Fabian Wendenburg über einen notwendigen Mentalitätswandel in Deutschland, eine Hightech-Agenda nach bayerischem Vorbild und warum die Abgrenzung zu den Grünen notwendig war



Teilzeit werden wir halten können“

Fabian Wendenburg: Herr Ministerpräsident, wagen wir den Blick in den Spätsommer: Was muss die „Verantwortungskalition“ bis dahin erreicht haben?

Markus Söder: Deutschland und Europa sind herausgefordert wie nie: Neben der Bedrohung durch Russland aus dem Osten gibt es eine neue ökonomische und verteidigungspolitische Instabilität des Westens. Deshalb brauchen wir nach dem Ampel-Chaos einen echten Richtungswechsel. Die Stärkung der Wirtschaft, die Senkung der Energiekosten, die Reduzierung der Bürokratie und die Begrenzung der illegalen Migration haben oberste Priorität. All das steht im Koalitionsvertrag. Unser klares Signal an den Mittelstand lautet: Steuern runter und nicht rauf! Wir entlasten das Rückgrat unserer Wirtschaft und werden alles dafür tun, die Wettbewerbsfähigkeit Deutschlands wieder zu stärken. Die Energiepreise müssen runter: Reduzie-

rung der Stromsteuer, Reduzierung der Netzentgelte, Abschaffung der Gasumlage und die Einführung eines Industriestrompreises. Die Bürger müssen das Vertrauen in Staat und Demokratie zurückbekommen. Durch die ständigen Streitereien der Ampelkoalition wurde hier viel Schaden angerichtet. Wir bieten das Gegenteil: eine verlässliche und seriöse Regierungsarbeit.

Die CSU besetzt drei Ressorts in der Bundesregierung. Schauen wir zunächst aufs Innenministerium: Wie schaffen wir die wirksame Begrenzung illegaler Migration und bleiben gleichzeitig ein attraktives Einwanderungsland für Fachkräfte? Wie versprochen: Die Asylwende ist da. Wir kehren zur Rechtslage vor 2015 zurück. Alexander Dobrindt steht als Bundesinnenminister für Law and Order. Die illegale Migration wird von der Bundesregierung beendet.

Fotos: CSU, Tobias Koch





Wir haben die Grenzkontrollen verstärkt und setzen Zurückweisungen an den Grenzen durch. Wir brauchen Einwanderung in Arbeit und keine unkontrollierte Einwanderung in die Sozialsysteme. Ein attraktives Einwanderungsland für Fachkräfte bleiben

Noch vor einigen Jahren wurden wir für den Plan belächelt, Bayern zu dem europäischen Luft- und Raumfahrtzentrum zu machen. Heute ist der Freistaat dank unserer Hightech-Agenda Spitzenreiter bei KI, Biotechnologie, Medizin, Life-Sciences, Hyperloop, Raum-

„Wir wollen Hochschulen und Unternehmen enger verzahnen. Davon werden auch die mittelständischen Unternehmen in Deutschland massiv profitieren.“

wir nur, wenn wir Sicherheit garantieren. Darüber hinaus werden wir alles dafür tun, um die Wettbewerbsfähigkeit Deutschlands zu stärken: Mit einer Hightech-Agenda nach bayerischem Vorbild machen wir Deutschland fit für die Zukunft und attraktiv für qualifizierte Fachkräfte.

Forschung und Raumfahrt: Warum wollte die CSU sich dieses Ministerium sichern? Und: Wie kommen wir hier wieder in die Champions League?

fahrt, Quantencomputing und noch vielem mehr. Wir sind das Silicon Valley Europas! Mit dem neuen, von Dorothee Bär geführten Zukunftsministerium schaffen wir nach bayerischem Vorbild ein völlig neues Mindset im ganzen Land. Das ist ein Signal an Wissenschaftler und Investoren aus der ganzen Welt: Deutschland fördert diese Bereiche, es lohnt sich, zu uns zu kommen! Wir wollen Hochschulen und Unternehmen enger verzahnen. Davon werden auch die mittelständischen Unternehmen in Deutschland massiv profitieren.

Zuletzt Landwirtschaft: Sie haben gesagt, dies sei das Ministerium für Bauern, Bürgermeister, Handwerk und Gastronomie. Welche Schwerpunkte wollen Sie konkret setzen?

Mit dem Forschungs- und dem Landwirtschaftsministerium vereinen wir Heimat und Hightech. Das passt einfach perfekt zu uns. Gutes Essen, Gastlichkeit und Handwerk machen unsere Heimat erst so lebens- und liebenswert. Deswegen war für uns auch klar, dass das Bundesministerium für Landwirtschaft, Ernährung und Heimat von der CSU geführt werden soll. Statt dem grünen Cem Özdemir haben wir jetzt den „schwarzen Metzgermeister“ Alois Rainer an der Spitze des Ministeriums. Wir stehen für Wertschätzung, Unterstützung und Entlastung für unsere Landwirte und Gastronomen. Besonders wichtig: Die Senkung der Gastro-Steuer auf 7 Prozent und die Wiedereinführung der Agrardiesel-Rückvergütung haben wir in den Koalitionsverhandlungen durchgesetzt.

Sie haben sich im Wahlkampf deutlich von den Grünen abgesetzt. War diese Strategie richtig? Müssten die Parteien, die unsere parlamentarische Demokratie tragen, nicht immer bündnisfähig sein – gerade, wenn die Mitte kleiner wird?

Demokraten müssen immer miteinander reden. Das heißt aber nicht, dass man koalieren muss. Die klare Abgrenzung zu den Grünen war richtig. Die Grünen haben unser Land mit ihrer bevormundenden Politik gespalten. Die Bürgerinnen und Bürger wollten die Grünen nicht mehr in der Regierung. Sie wurden abgewählt. Wenn wir uns offen für eine Koalition mit den Grünen gezeigt hätten, hätte die Union viele Wählerinnen und Wähler an Radikale verloren. Das kann niemand wollen.

Sie haben immer auch die Benachteiligung Bayerns seitens der Ampel-Regierung beklagt. Worin bestand diese genau, und wie kann sie überwunden werden?

Es fing damit an, dass kein einziger Minister aus Bayern kam. Diesen Missstand haben wir wieder behoben. Die Liste der Benachteiligungen durch die Ampel ist leider lang: das undemokratische Wahlrecht, kurzfristig gestrichene Unterstützungen, Standortentscheidungen gegen den Süden, die Zwei-Klassen-Energiepolitik mit der Benachteiligung bayerischer Heimatenergien, das auf den Norden ausgelegte

Dr. Markus Söder studierte Rechtswissenschaften und wurde 1998 promoviert. Seit 1994 ist er Mitglied des Bayerischen Landtags, zwischen 1995 und 2003 war Söder Landesvorsitzender der JU Bayern. Von 2003 bis 2007 wirkte er als CSU-Generalsekretär, bevor er mehrere Regierungsämter übernahm: Markus Söder war 2007/2008 Staatsminister für Bundes- und Europaangelegenheiten in der Bayerischen Staatskanzlei, von 2008 bis 2011 Bayerischer Staatsminister für Umwelt und Gesundheit, zwischen 2011 und 2013 Bayerischer Staatsminister der Finanzen sowie zwischen 2013 und 2018 Bayerischer Staatsminister der Finanzen und für Landesentwicklung und Heimat. Seit dem 16. März 2018 ist er Bayerischer Ministerpräsident und seit dem 19. Januar 2019 CSU-Vorsitzender.



Anzeige

Wir laden Deutschland

Willkommen im
EnBW HyperNetz.

enbw.com/WirLadenDeutschland



Wasserstoffnetz, ausgebliebene Hochwasserhilfen. Vieles davon konnten wir in den Koalitionsverhandlungen reparieren. Die Benachteiligung Bayerns durch den Bund ist beendet! Es bleibt bei einer einheitlichen Strompreiszone in Deutschland. Wir sorgen dafür, dass Gaskraftwerke für Bayern geplant werden, bei den Erneuerbaren Energien alle Arten gefördert werden und der Anschluss ans Wasserstoffnetz schneller kommt. Das ist auch gut für ganz Deutschland. Denn wer das wirtschaftliche Leistungszentrum unseres Landes schädigt, schädigt ganz Deutschland.

Viele Ordnungspolitiker sehen mit Sorge, dass wir statt besserer Rahmenbedingungen mehr Subventionen und statt Konsolidierung eine höhere Staatsquote beobachten. Wo muss aus Ihrer Sicht nun gespart werden?

Statt Milliarden-Subventionsflops für ausländische Unternehmen, wie es bei Robert Habeck der Fall war, brauchen wir breite Unterstützung vor allem für unseren Mittelstand, familiengeführte Unternehmen, das Handwerk und die Landwirtschaft. Sie sind das Rückgrat unserer Wirtschaft. Ab jetzt lautet der Dreiklang: Investieren, reformieren und konsolidieren. Deutschland muss wieder wettbewerbsfähig werden! Dazu gehört, dass auch an einigen Stellen massiv gespart wird. Allen voran beim Heizungsgesetz, bei der Migration und beim Bürgergeld. Wir werden dafür sorgen, dass sich Leistung wieder lohnt.

Es kann nicht sein, dass Unternehmen Mitarbeiter verlieren, weil der Abstand zwischen Lohn und Sozialleistungen nicht mehr stimmt. Das werden wir ändern. Wer arbeitet, muss deutlich mehr haben als der, der nicht arbeitet.

„Ab jetzt lautet der Dreiklang: Investieren, reformieren und konsolidieren. Deutschland muss wieder wettbewerbsfähig werden!“

Ich bin 45 Jahre alt. Jedem und jeder in meiner Generation ist klar, dass wir länger arbeiten müssen, wenn unsere Gesundheit es zulässt. Wie lange kann und darf die Politik die Menschen vor dieser Realität verschonen?

Das Thema Rente ist für uns sehr wichtig, die CSU trägt nicht ohne Grund das S wie Sozial im Namen. Die Zukunft der Rente geht uns alle an. Wir führen die Aktivrente ein, das heißt: Wer länger arbeiten kann und will, soll dazu auch die Möglichkeit haben. Wir sorgen mit der Aktivrente dafür, dass es sich lohnt, länger zu arbeiten. Wir müssen auch insgesamt mehr arbeiten. Nur mit Homeoffice und Teilzeit werden wir unseren Wohlstand nicht halten können. Wir brauchen einen

echten Mentalitätswechsel in Deutschland. Zusätzlich vollenden wir für mehr Gerechtigkeit die Mütterrente und schaffen mit der Frühstartrente ein wichtiges Standbein für die Rente der jüngeren Generation.

MIT und Mittelstandsunion sind Schwestern wie CDU und CSU. Welche Bedeutung spielt die MU innerhalb der CSU und für Sie als Parteivorsitzenden?

Was wir durch die Krisen der letzten Jahre auf die harte Tour lernen mussten: Der Erhalt unseres Wohlstands ist nicht mehr selbstverständlich. Das gelingt nur durch Wachstum – und den gibt es nur mit Fleiß und Leistung. Gerade der Mittelstand ist das Fundament unseres Wohlstands und sorgt für Wachstum und Arbeitsplätze. Deswegen ist eine starke Stimme für den Mittelstand umso wichtiger. Ich schätze meinen Freund Sebastian Brehm sehr, er macht eine klasse Arbeit als Vorsitzender der Mittelstands-Union Bayern mit allen, die sich in der MU engagieren.

„I'll be back“ - das war Ihre Aussage bei der Vorstellung des Koalitionsvertrages. Worauf müssen wir in Berlin uns einstellen? Werden Sie der heimliche Vize-Kanzler?

Friedrich Merz ist Kanzler und er macht seine Aufgabe sehr gut. Als CSU-Vorsitzender und Ministerpräsident werde ich regelmäßig in Berlin nach dem Rechten schauen und mich im Koalitionsausschuss aktiv einbringen.

Vielen Dank für dieses Gespräch. ●



UNSERE ERFAHRUNG FÜR IHREN ERFOLG

INVEST UNTERNEHMENS BETEILIGUNGS AG

Als mittelstandsfähiger Private Equity Fonds unterstützen wir Unternehmen und Industriebetriebe seit mehr als 30 Jahren. Mit mehr als 250 Transaktionen sind wir Marktführer in Österreich und stark wachsend in Deutschland und der Schweiz.

WIR

SCHAFFEN & ERHALTEN

Wir schaffen und erhalten Ihre unternehmerische Freiheit und unterstützen bei strategischen Überlegungen mit unserer Erfahrung und unserem Netzwerk.

SIND EVERGREEN

Wir erzielen nachhaltig gemeinsame Erfolge mit unseren Partnern und helfen dabei, Chancen, ohne Exitdruck, zu ergreifen.

STABILISIEREN

Wir garantieren durch unsere Evergreen-Struktur Stabilität und individuelle Lösungen nach Ihren Wünschen.

SIND FINANZSTARK

Wir investieren Eigenkapital ab € 2 Mio. bis rund € 40 Mio.



„Als mittelstandsfähiger Kapitalpartner ist uns die Erhaltung der unternehmerischen Freiheit unserer Mitgesellschafter und Geschäftsführer besonders wichtig. Als Kapitalgeber arbeiten wir dann richtig, wenn wir im operativen Tagesgeschäft nicht spürbar sind, aber strategisch einen Mehrwert liefern können.“

Kontakt

Bavariaring 17 | D-80336 München

Tel.: +43 (0)732 / 6596 – 22437

E-Mail: office@investag.at

Dr. Gernot Hofer, VORSTANDSVORSITZENDER

der Invest Unternehmensbeteiligungs AG

EU-Check

In dieser Rubrik bewerten unsere EU-Experten des PKM Europe regelmäßig neue EU-Vorhaben.



In Richtung eines echten Binnenmarktes

Einfacher, einheitlicher, stärker – das sind die erklärten Ziele der neuen Strategie zur Vertiefung des europäischen Binnenmarktes. Denn obwohl dieser für die meisten Mitgliedstaaten deutlich an Bedeutung zugenommen hat, sind sie zuletzt immer heterogener geworden. Verbessert und vereinfacht werden sollen, unter anderem, die Binnenmarktdurchsetzung, Berufsanererkennungsverfahren, europäische Standardisierung, heterogene Verpackung-, Produkt- sowie Dienstleistungsvorgaben oder Entsendungen. Mit ihr veröffentlichte die Europäische Kommission ebenfalls eine neue Legaldefinition für größere KMU, so genannte mid-caps. Damit sollen bestimmte Ausnahmeregelungen und Entlastungsmaßnahmen auf Unternehmen mit bis zu 750 Mitarbeitern ausgeweitet werden. Angesichts globaler wirtschaftlicher Veränderungen ist Schnelligkeit in der Umsetzung besagter Vorhaben von größter Bedeutung.



Von Wachstumsrückgang zu Stagnation

„Mäßiges Wachstum inmitten weltwirtschaftlicher Unsicherheit“ – unter diesem Titel senkte die Europäische Kommission in ihrer Frühjahrsprognose die Wachstumsaussichten für Deutschland und die Europäische Union zum wiederholten Male nach unten. Für Deutschland sagt sie ähnlich wie die Bundesregierung selbst sowie der Internationale Währungsfonds nach zwei Rezessionsjahren Stagnation voraus. Damit machen sich auch in diesem Jahr die Belastungen durch wirtschafts- und sicherheitspolitische Unsicherheiten, höhere Zölle oder während strukturellen Problematiken durch Zurückhaltung in der Geschäfts- und Investitionstätigkeit bemerkbar. Der Staatenverbund beweist in vielerlei Hinsicht weiterhin Stabilität und Resilienz. Dennoch wird deutlich, dass sich die EU, und mit ihr ihre größte Volkswirtschaft, in einer anhaltenden Schwächephase befinden, deren Ursachen systemischer Lösungsansätze bedürfen.



Die Jury

Marion Walsmann (CDU) und Markus Ferber (CSU) sind Mitglieder des Europäischen Parlaments und Sprecher des Parlamentskreises Mittelstand Europe

PKMEurope
über CDU/CSU-Fraktionen im Europäischen Parlament

Online-Events

Erfolgreiche MIT-Digitaltalks zu Rohstoffen und Cybersicherheit

Die Erfolgsgeschichte der MIT-Digitaltalks geht weiter! Darum ging es in den neuesten Events:



Digitaltalk 1: Mit zunehmender Rohstoffknappheit wird die Frage nach der Versorgungssicherheit für die Wirtschaft immer

wichtiger. Am 9. April diskutierten hochkarätige Experten in einem MIT-Digitaltalk über dieses wichtige Thema. Mit dabei waren unser MIT-Mitglied Stefan Rouenhoff MdB, Experte für Außenwirtschaft und Rohstoffpolitik, Anne Lauenroth, Rohstoffexpertin beim BDI, und Frau Susanne Szech-Koundouros, Unterabteilungsleiterin Rohstoffpolitik, Ressourceneffizienz und Kreislaufwirtschaft im Bundesministerium für Wirtschaft und Klimaschutz.



Digitaltalk 2:

Gemeinsam mit der Präsidentin des Bundesamts für Sicherheit in der Informationstechnik

(BSI), Claudia Plattner, dem Berichterstatter der CDU/CSU-Bundestagsfraktion Marc Henrichmann MdB, der MIT-Landesvorsitzenden Angela Erwin MdL sowie Anja Käfer-Rohrbach vom Gesamtverband der Versicherer (GDV) diskutierten mehr als 100 MIT-ler am 13. Februar das Thema „Cybersicherheit für den Mittelstand“. Besonders gefährlich wären Cyberangriffe demnach auf IT-Dienstleister, die weltweit und branchenübergreifend Tausende von Unternehmen betreuen. Ein erfolgreicher Angriff auf die Infrastruktur solcher Dienstleister könnte eine sog. Cyber-Pandemie auslösen, die große Teile der Wirtschaft zeitgleich lahmlegt. Laut BSI werden täglich rund 309 000 neue Schadprogramm-Varianten entdeckt. Bitkom schätzt den wirtschaftlichen Schaden durch Cyberangriffe allein in Deutschland im Jahr 2024 auf 189 Milliarden Euro.



MIT-Klausurtagung in Frankfurt

Am 23. und 24. Mai kam der Bundesvorstand der MIT zur Klausurtagung in Frankfurt/Main in der Unternehmenszentrale der Deutsche Vermögensberatung (DVAG) zusammen. Am ersten Tag standen unter anderem Berichte zum bevorstehenden Bundesmittelstandstag in Köln, zum Haushalt und zur „Jungen MIT“ auf dem Programm.

Darüber hinaus gab es spannende Diskussionen mit dem rheinland-pfälzischen Spitzenkandidaten Gordon Schnieder und CDU-Hessen-Generalsekretär Leopold Born sowie einen inspirierenden Einblick von Heraeus-CEO Jan Rinnert in ein globales Familien- und Technologieunternehmen. Am Abend traf der Bundesvorstand in geselliger Runde bei Ebbelwoi und Schnitzel mit grüner Soße auf zahlreiche Vertreter der MIT Hessen.

Der zweite Tag begann mit einem Austausch mit dem hessischen Bundes- und Europaminister Manfred Pentz zu den Themen Bürokratieabbau und Verwaltungsmodernisierung. Abschließend fasste der Bundesvorstand zahlreiche wegweisende Beschlüsse. Die Tagung bot wichtige Impulse für die zukünftige Arbeit der MIT. Ein großer Dank richtet sich an unsere Sponsoren die DVAG, Procter & Gamble und „Die Deutsche Automatenwirtschaft e.V.“.



Impressum

Herausgeber:

Mittelstands- und Wirtschaftsunion (MIT), vertreten durch die Bundesvorsitzende Gitta Connemann MdB und den Hauptgeschäftsführer Fabian Wendenburg

Schadowstraße 3, 10117 Berlin
E-Mail: redaktion@mit-bund.de
www.mit-bund.de

Chefredaktion:

Fabian Wendenburg

Chefin vom Dienst:

Dr. Juliane Berndt

Redaktion:

Bastian Pophal
Dr. Christoph Sprich

Verlag, Anzeigenleitung und Druck:

Union Betriebsführer-GmbH (UBG)
Egermannstraße 2
53359 Rheinbach
Telefon: 02226 802-213
Telefax: 02226 802-222
E-Mail: verlag@ubg365.de
www.ubg365.de
Geschäftsführer: Jonathan Schreyer, Frank Stuch
Projektleitung:
Sonja Bach-Meiers

Art-Direktion:

UBG Büro Berlin

Druckauflage:

26 000 Exemplare

Anzeigenverkauf:

Nielsen I, II, V, VI
Verlagsvertretung Getz
Telefon: 02205 86179
E-Mail: info@getz-medien.de

Nielsen IIIa, IIIb, IV, VII
Braun Medien GmbH
Ingrid Kozanák
Telefon: 0202/2422883
E-Mail: braun@braun-medien-gmbh.de

Alle Rechte vorbehalten.
Nachdruck und Verwendung
nur mit Genehmigung.
© Mittelstands- und Wirtschaftsunion (MIT). Das Mittelstandsmagazin erscheint viermal jährlich. Für Mitglieder der MIT ist der Bezug des Mittelstandsmagazins im Mitgliedsbeitrag enthalten.

Volles Haus

MdB-Empfang in Berlin



Rund 72 Prozent der neuen Unions-Bundestagsfraktion sind Mitglieder der MIT oder der MU. Grund genug, darauf anzustoßen: In der vergangenen Woche empfingen wir in der MIT-Bundesgeschäftsstelle in Berlin viele der neuen MdB, die bei uns Mitglied sind. Bei Cocktails, Drinks, Snacks und Eis stellten wir unser Team vor. Und unsere Bundesvorsitzende Gitta Connemann bot den Bundestagsabgeordneten an, die MIT als Think Tank zu nutzen – und als Anlaufpunkt im politischen Berlin. Regener Austausch erwünscht!



Expertenrunde

MIT-Round-Table zur Kreislaufwirtschaft



Am 26. März hat die MIT ein Round-Table-Gespräch zum Thema Kreislaufwirtschaft veranstaltet. Organisiert wurde das Fachgespräch von Dr. Matthias Heider, der vor einigen Wochen zusammen mit der MIT-Kommission Wirtschaft eine politische Positionierung der MIT zum Zukunftsmarkt Kreislaufwirtschaft erreichen konnte. Bei dem Treffen in der Deutschen Parlamentarischen Gesellschaft haben die MIT-Vorsitzende Gitta Connemann und der Vorsitzende der Wirtschaftskommission Dr. Klaus Wiener die hohe Bedeutung des Themas für die Politik in der nächsten Legislaturperiode hervorgehoben.

MIT nimmt Abschied

Wolfgang Braun verstorben

Wolfgang Braun hat viele Jahre das Anzeigengeschäft unseres MIT-Mittelstandsmagazins persönlich betreut. Auch viele der Anzeigen in dieser Ausgabe hatte er akquiriert. Unser Magazin lag ihm am Herzen. Unsere jahrzehntelange vertrauensvolle Zusammenarbeit war geprägt

von gegenseitigem Respekt und Verantwortung für unsere gemeinsame Arbeit. Mit großer Trauer mussten wir jetzt für immer Abschied nehmen von Wolfgang Braun. Seinen Angehörigen gilt unser tiefes Mitgefühl.



„Ich bin neu in der MIT, weil ...“

... ich mich für den wirtschafts-politischen Sektor interessiere.“



Jan Reißig

Polizist und Kommunalpolitiker,
MIT Schwerin

... wir starke Stimmen aus der Wirtschaft brauchen, um wieder auf Kurs zu kommen.“



Tamara Griasskin

Unternehmerin,
MIT Diepholz

... ein Zusammenhalt und Miteinander speziell für klein- und mittelständische Unternehmen wichtig ist.“



Dr. Manuel Lamotte-Schubert

Informatiker und Unternehmer,
MIT Saarlouis

Jan Reißig wurde in Fulda geboren und ist im Kreis Hötter aufgewachsen. Nach seinem Realschulabschluss absolvierte er 2013 die Ausbildung bei der Landespolizei in Mecklenburg-Vorpommern. Nachdem er zunächst mehrere Jahre im Streifeneinzeldienst gearbeitet hatte, wechselte Reißig schließlich 2021 zur Kripo in Schwerin. 2021 trat er in die CDU ein und ist seit 2023 JU-Mitglied. Zu den Kommunalwahlen 2024 ließ er sich erstmalig selbst als Kandidat aufstellen und wurde in die Stadtvertretung Schwerin gewählt. Jan Reißig: „Ich bin in der MIT, weil ich mich für den wirtschafts-politischen Sektor interessiere. Ich möchte in den Kontakt mit dem Mittelstand treten und stets wissen, ‚wo der Schuh gerade drückt‘. Nur wer sich austauscht, verbleibt nicht in der eigenen Blase.“

Tamara Griasskin ist in Barnstorf aufgewachsen, wo sie heute mit ihrem Ehemann und ihren Kindern lebt. Sie hat einen MBA und ist seit 2013 als Unternehmerin in den Bereichen Bildung und Sales tätig. Ihr Fokus liegt auf Digitalisierung und Sales-Management, was sie in verschiedenen internationalen Projekten unter Beweis gestellt hat. Derzeit konzentriert sie sich auf Energy Solutions und AI Solutions. Letztere um Unternehmen innovative, digitale und kosteneffiziente Lösungen anzubieten, die speziell auf die Bedürfnisse von Kleinunternehmen und mittelständischen Unternehmen zugeschnitten sind. Abseits ihrer beruflichen Tätigkeit ist sie im Tierschutz aktiv, berät kostenfrei Start-ups und spielt leidenschaftlich Handball.

Dr. Manuel Lamotte-Schubert ist ein promovierter Informatiker und seit 2008 als selbstständiger Unternehmer tätig. Sein Unternehmen ist spezialisiert auf Webtechnologien und entwickelt individuelle Software, Internetportale, Webseiten und Schnittstellen. Ein weiterer Schwerpunkt war die Netzwerk- und Serveradministration, die Lamotte-Schubert bis 2019 aktiv betrieb. Nach seinem Studium der Angewandten Informatik an der FH Trier, das er mit einem Diplom abschloss, folgten ein Master und schließlich die Promotion an der Universität des Saarlandes und dem Max-Planck-Institut für Informatik, wo er sich mit der automatisierten Analyse von Berechtigungen mit Hilfe von Prädikatenlogik beschäftigte. Neben seiner Selbstständigkeit engagiert sich Herr Lamotte-Schubert als Mitglied des Aufsichtsrats der Volksbank Überherrn eG.

Die MIT ist mit rund 25 000 Mitgliedern der stärkste und einflussreichste parteipolitische Wirtschaftsverband in Deutschland. In unserer Vereinigung ist jeder willkommen, der die ordnungspolitischen Grundsätze der Sozialen Marktwirtschaft schätzt. In dieser Rubrik stellen wir mit jeder Ausgabe drei unserer Neumitglieder vor. Mehr Infos zur Mitgliedschaft: www.mit-bund.de/mitgliedschaft



Mitgliederstatistik

Die fünf größten MIT/MU-Kreisverbände (31.04.2025)



Verbände mit dem größten relativen Zuwachs (31.04.2025)



Verbände mit dem größten absoluten Zuwachs (31.04.2025)



MUSS MAN NICHT VERSTEHEN.



FREI^ZHEIT

SELTENE BRIEFMARKEN
SAMMELN



Gib deinen Spesen den Push!



Jetzt
50%
sparen!

**Rechnung bezahlt, Belege
gescannt und schon verbucht
mit Lexware Office.**

Lexware Office erledigt deine Belegerfassung nach allen Regeln der Buchhaltungskunst. Automatisch. Und du? Machst deiner Kassenzettel-Wirtschaft endlich ein Ende! Mehr auf office.lexware.de

Lexware



INHALT

- 2 Nordrhein-Westfalen**
Angela Erwin eröffnete mit Ministerin Neubaur die neue Vorwerk Firmenzentrale
Bezirksversammlung verabschiedet Harald Pohlmann
Die zwei Großen tagen gemeinsam!
Rückbau von Kernkraftwerken nicht mehr umkehrbar
Klare Botschaften für eine starke Wirtschaft
Caroline Bosbach und Dr. Klaus Wiener zu Gast
Handelsspitzen bei der MIT NRW zu Gast
- 5 Bayern**
Standortbestimmung nach der Bundestagswahl
Bauen in Deutschland: MU fordert weniger Regulierung
Führungswechsel in Unterfranken
- 6 Niedersachsen**
Niedersachsen MIT zu Gast bei der MIT NRW
Thomas Langer löst Wolfgang Paus als Vorsitzenden ab
Kurz gemeldet
- 8 Hamburg**
MIT:TENDRIN – neue Bundesschatzmeisterin bei Wahlnachlese und Koalitionsausblick
- 8 Mecklenburg-Vorpommern**
Optimistisch, aber nicht euphorisch
- 9 Schleswig-Holstein**
51. Landesmittelstandstag der MIT Schleswig-Holstein
- 9 Thüringen**
Was bedeutet die US-Politik für die Wirtschaft in Thüringen?
- 10 Sachsen-Anhalt**
MIT Harz mit neuem Vorstand und starkem Signal für den Mittelstand
- 11 Rheinland-Pfalz**
Koblenz-Montabaur arbeitet weiter an Lösungen für den Mittelstand
- 12 Hessen**
Innovativer Ernte-Container für Handel und Schule

Angela Erwin eröffnete mit Ministerin Neubaur die neue Vorwerk Firmenzentrale

Wuppertal. „Home is where the Wupper is“. Kaum schöner hätte ein Investment vom 40 Millionen Euro hier am Standort beschrieben werden können. Das Familienunternehmen Vorwerk jedenfalls macht Heimatverbundenheit, Standorttreue und vor allem Mitarbeiterbindung vor. Dass die Landesvorsitzende der MIT NRW, Angela Erwin, dann gebeten wird gemeinsam mit der Wirtschaftsministerin den Neubau zu eröffnen, ist für uns eine große Ehre und zeigt unsere Rolle als Mittler zwischen Wirtschaft und Politik. „Dass ein Unternehmen wie Vorwerk weltweit so erfolgreich ist, das macht uns stolz und dass ein Unternehmen ein solches Verhältnis zu seinen Mitarbeitern pflegt, ist ein großes Vorbild“ betonte Angela Erwin vor



Neben der Eröffnung oblag Angela Erwin auch etwas „Kunst am Bau“ mit der malerischen Gestaltung eines großen Erinnerungsbildes.



Fotos: MIT Nordrhein-Westfalen

hundertten Gästen und Mitarbeitern. Besonders stolz war dabei die gastgebende Firmenführung über die Teilnahme von Dr. Jörg Mittelsten Scheid, Urenkel des Firmengründers Carl Vor-

werk, der das Unternehmen 1883 mitbegründete. Die ganze MIT gratuliert und dankt angesichts dieses neuen Bekenntnisses zum Heimatstandort NRW.

Bezirksversammlung verabschiedet Harald Pohlmann



Industriepolitische Einblicke durch Hildegard Müller und großer Dank an Harald Pohlmann – im Autohaus Becker-Tiemann in Bielefeld

tung auch ganz im Zeichen des Dankes an Pohlmann. Harald Pohlmann gab nach 27 Jahren das Amt des Bezirksvorsitzenden ab. Zwölf Jahre ist er bislang im Bundesvorstand, eine Ära, die im Herbst enden soll. 14 Jahre als Stellvertreter Landesvorsitzender, viele kommunalpolitische Funktionen bei der CDU - die Liste der Stationen in den diversen Laudatios ist lang. Gekommen waren auch der Ehrenvorsitzende der MIT NRW und frühere Staatssekretär und Mittelstandsbeauftragte der Bundesregierung, Hartmut Schauerte, der ehemalige Europapolitiker Elmar Brok und viele andere. Die gesamte MIT NRW dankt Harald Pohlmann und wünscht alles Gute. Diese Verabschiedung war ein würdiger Abschluss mit mehreren hundert Gästen – so soll es sein.

Die zwei Großen tagen gemeinsam!

Nordrhein-Westfalen/Niedersachsen. Eine gemeinsame Landesvorstandssitzung der beiden Landesverbände Niedersachsen und NRW in Düsseldorf war nur der Anlass eines zweitägigen Besuches der niedersächsischen MIT im Rheinland. Vorher bot sich die Gelegenheit zur Besprechung in der CDU-Landeszentrale. Dann folgte eine Stadtführung entlang der Staatskanzlei und des Rheinuferes durch den MIT-Landesgeschäftsführer und eine Brauereibesichtigung der Hausbrauerei „Zum Schlüssel“ mit der Geschäftsführung. Anschließend beriet man mit dem Gesamtvorstand der MIT NRW vor allem zum anstehenden Mittelstandtag und zur gemeinsamen Positionierung zu einem echten Bürokratierückbau. „Jetzt muss gehandelt werden statt wie in den letzten Jahrzehnten geredet. Wir wollen netto 25 Prozent



Fotos: MIT Nordrhein-Westfalen

Vom Besuch im Plenum und Präsidialbereich des Landtages mit André Kuper bis zum Keller der Brauerei. „Rheinland Pur“ für die MIT in Niedersachsen.

weniger Bürokratie. Vieles muss einfach ganz weg.“ waren sich Angela Erwin MdL und Holger Bormann als Landesvorsitzende einig.

Nach einem gemütlichen Ausklang bot der nächste Morgen einen Besuch des Landtages und eines ausführlichen Gesprächs mit dem Landtagspräsidenten, André Kuper, im Präsidialbereich des Parlaments für die Niedersachsen. Themen waren unter anderem die His-

torie des Gebäudes und die Herausforderungen für eine parlamentarische Demokratie eines 18-Millioneneinwohner-Landes wie NRW. Da ging es auch um politische Bildung, Umgang mit Radikalisierung und Wahrung der Minderheiten- und Oppositionsrechte, ohne dabei die Würde des Hauses aus den Augen zu verlieren. Andre Kuper als neutraler Mittler beeindruckte die Gäste nachhaltig. Abschluss des

Besuches war dann ein politischer Frühschoppen mit dem Generalsekretär Paul Ziemiak MdB, der aus Berlin zugeschaltet wurde. Er hatte auch seinen CDU-Landesgeschäftsführer, Dr. Thomas Breuer, zur Begrüßung in die Lobby der MIT-Landesgeschäftsstelle entsandt. Eine runde Sache und ein gutes Zeichen für die traditionsreiche enge Bindung zwischen den beiden Landesverbänden.

Rückbau von Kernkraftwerken nicht mehr umkehrbar

NRW. Wie funktioniert der Rückbau eines Kernkraftwerks? Wie lange dauert der ganze Vorgang? Kann man ein solches Kraftwerk nicht einfach wieder funktionsfähig machen? Solche und andere Fragen beschäftigten die Besucher am AKW Lingen. Als Mitglied der Geschäftsführung bei RWE Power und früherer Vorstandsvorsitzender der MIT Bezirk Ruhr erläuterte Steffen Kanitz, wie der Rückbau eines bereits abgeschalteten Kernkraftwerks vonstatten geht. Die von der AaG Innovationstransfer der MIT NRW organisierte Veranstaltung fand im Besucherzentrum des AKW in Lingen (Niedersachsen) statt. „Der Rückbau dauert 15 Jahre und kostet das Energieunternehmen viel Geld. Daher hat das Unternehmen auch ein großes Interesse, den Rückbau sehr schnell durchzuführen“, so



Fotos: MIT Nordrhein-Westfalen

Mit der MIT kommt man dort hin, wo man normalerweise nicht hinkommt. Steffen Kanitz (Mitte) freute sich als Gastgeber über die MIT NRW.

Kanitz. Ab dem Zeitpunkt, an dem der Reaktor zurückgebaut ist, und dies geschieht aus technischen Gründen sehr früh, kann das Kernkraftwerk nicht mehr in Betrieb gehen. Ob die Kernkraft in Deutschland noch eine Zukunft hat, beruht auf den politischen Rahmenbedingungen, die vor allem über lange Zeiträume den Energiekonzernen Planungssicherheit geben müssen. Die aktuelle politische Lage, auch unter der neuen rot-grünen Bundesregierung, lässt aber vermuten, dass diese Planungssicherheit nicht gegeben ist. Dennoch muss Deutschland technologieoffen bleiben und die Forschung an der Kernenergie vorantreiben. Sonst wird Deutschland, wie schon so oft, technologisch abgehängt werden. Die Abhängigkeit der Energieversorgung aus dem Ausland wird folglich zunehmen.

Klare Botschaften für eine starke Wirtschaft

Bonn. In der Endphase des Bundestagswahlkampfes unterstützte die MIT-Bundesvorsitzende Gitta Conemann den Bundestagskandidaten, Dr. Hendrik Streeck. Als Gast der MIT Bonn und der CDU Bad Godesberg gab es von ihr sehr klare Botschaften in Richtung Politikwechsel in Berlin: Die CDU muss erstens auch in der Wirtschaftspolitik handeln und wieder glaubwürdig werden. Zweitens muss sich Arbeit wieder lohnen und die Wirtschaft braucht mehr Freiraum. Und drittens sind eine bessere

Wirtschaftspolitik, weniger Bürokratie und bezahlbare Strompreise die Schlüssel zur Wettbewerbsfähigkeit.

In der anschließenden Diskussion mit Prof. Dr. Hendrik Streeck wurde die Bedeutung von Innovation als Treiber für neue Märkte hervorgehoben. Streeck betonte, dass er sich besonders für eine innovationsfreundliche Politik einsetzen werde, um den Standort Deutschland langfristig zu stärken. Unter der Moderation von Dr. Marius Kleinheyer hatten auch Mittelständler und Gewerbetreibende aus dem



Foto: MIT Bonn

Publikum die Gelegenheit, mit Conemann und Streeck ins Gespräch zu kommen. Die zentrale Botschaft des Abends war eindeutig: Die CDU muss jetzt handeln, um die Wirtschaft zu entfesseln und Deutschland wieder auf den Wachstumspfad zu führen.

Caroline Bosbach und Dr. Klaus Wiener zu Gast

Erkrath. Politik geht manchmal auch durch den Magen: Bei der Dinerspeech der MIT Erkrath in der Brügger Mühle erörterte

Dr. Klaus Wiener MdB, mit der Bundesvorsitzenden des Jungen Wirtschaftsrates und selbst Bundestagskandidatin von MIT und CDU, Caroline Bosbach, und ca. 80 Gästen aus den Reihen der MIT und des Rotary Clubs Neandertal, die wirtschaftliche Lage Deutschlands.

Schnell wurde klar: Nie war die Herausforderungen, die von bezahlbarer Energie über die Ertüchtigung der Infrastruktur bis hin zum dringend erforderlichen Bürokratieabbau reichen, so groß. Um Deutschlands Wirtschaft in einer sich dramatisch geänderten geopolitischen Lage wieder nach vorne zu bringen, braucht es jetzt eine grundlegende Wende in der Wirtschaftspolitik. „Das Motto des Abends „Zeit für Mut – Warum wir Deutschland nicht links liegen lassen dürfen“ war Programm. „Um die zahlreichen Herausforderungen unserer Zeit zu meistern, müssen wir endlich weg von den endlosen politischen Debatten in Parlamenten und Talkshows hin zu einer Politik der kraftvollen Umsetzung. Und gerade hierfür braucht es neben einem klaren ordnungspolitischen Kompass auch eine gehörige Portion Mut, denn nicht alle erforderlichen Maßnahmen werden allen Menschen gleichermaßen gefallen.“, so Erkraths MIT Vorsitzender Marc Hildebrand zum Fazit des Abends und der nachfolgenden offenen Diskussionsrunde.

Handelsspitzen bei der MIT NRW zu Gast

NRW. Mit der Europaabgeordneten und Vorsitzenden des PKM im Europaparlament, Marion Walsmann, tauschten sich die MIT NRW, die CDU Nordrhein-Westfalen und bedeutende Verbände und Unternehmen aus NRW im kleinen Kreis aus.

Mit dabei: Angela Erwin MdL als MIT-Landesvorsitzende, Christian Untrieser MdL als wirtschaftspolitischer Sprecher der Landtagsfraktion, Stefan Berger MdEP, Esma May, Vice President von Deichmann und gemeinsam mit Jörg Hamel Sprecherin der AG Handel der MIT, Emilie Bourgoïn, Pressesprecherin von REWE, Lina Vollmer, Public Affairs von ALDI SÜD, und der Hauptgeschäftsführer der IHK Mittlerer Niederrhein, Jürgen Steinmetz.

Themen der Expertenrunde waren natürlich die Bemühungen, die Lieferkettengesetzgebung in Europa auszusetzen, die Verpackungsrichtlinie, natürlich Zölle und im Detail auch weitere Regulierungs- und Bürokratiefragen. Knapp zwei Stunden ging man in der Spitzenrunde auf viele Fragen ein. Man sieht, dass die MIT als Brücke zwischen Wirtschaft und Politik nah dran ist. Und der Austausch soll natürlich fortgesetzt und konkrete Entlastungen erreicht werden. An all diesen Themen werden die MIT NRW und der Parlamentskreis Mittelstand in der Landtagsfraktion weiterarbeiten. Sehr gut geeigneter Ort für solche Meetings ist die Landesgeschäftsstelle und die sogenannte „Talkline“, an der sich Verbände, Unternehmen und Politik zukünftig öfter treffen werden.



Foto: MIT Erkrath

Das Publikum der MIT Erkrath bekam viele Antworten auf seine Fragen. Tolle Diskussion mit zwei MIT-Politikern in Erkrath.



Foto: MIT Nordrhein-Westfalen

Der NRW-Handel kommt mit der Politik ins Gespräch auf der MIT-„Talkline“, diesmal mit Marion Walsmann MdEP (Mitte)

Standortbestimmung nach der Bundestagswahl

Bad Gögging. Am Wochenende nach der Bundeskanzlerwahl fand die Klausurtagung des Landesvorstandes der Mittelstands-Union (MU) in konstruktiver und engagierter Atmosphäre statt. Im Mittelpunkt standen vor allem die Themen: Weiterentwicklung der Öffentlichkeitsarbeit, insbesondere im Bereich Social Media sowie die Bedeutung einer entschlossenen Wirtschaftswende unter der neu gewählten Bundesregierung.

Der Bundestagsabgeordnete Florian Oßner MdB gab am ersten Tag in einem Bericht aus Berlin inhaltliche Zusammenhänge rund um die Koalitionsverhandlungen und dem Koalitionsvertrag wieder und fokussierte sich auf die dringend benötigte wirtschaftliche Stabilität und zukunftsorientierte Investitionen. Zudem hob er die Turbo-Abschreibungen hervor, die für zahlreiche Unternehmen bei der Anschaffung von Wirtschaftsgütern dienlich sein können. Oßner gilt als engagierter Hoffnungsträger und Bindeglied zwischen Bundestag und MU-Landesverband.



Markus Ferber brachte wichtige Impulse ein

Am zweiten Tag konnte der langjährige Europaabgeordnete Markus Ferber, MdEP seine Expertise einbringen und für den weiteren Einsatz zu mehr wirtschaftsfreundlicher Politik der EU motivieren. Wichtig sei es, zukünftig nicht mehr am Green Deal, sondern an einem Economic Deal festzuhalten.

Mit neuen Ideen und Strategien soll die digitale Präsenz gestärkt und die MU noch sichtbarer gemacht werden – authentisch, modern und zukunftsorientiert. Gleichzeitig wurde deutlich, dass der wirtschaftspolitische Kurs der kommenden Jahre entscheidend



Foto: MU Bayern

für die Zukunftsfähigkeit Deutschlands ist. Der Mittelstand braucht klare Impulse – weniger Bürokratie und mehr unternehmerische Freiheit. Dabei ist vor allem die Umsetzung der im Koalitionsvertrag beschlossenen Vorhaben essenziell.

Die MU wird diesen Weg begleiten und weiterhin als starke Stimme für unsere Unternehmer auftreten. Die Tagung hat gezeigt: Wir sind bereit, Verantwortung zu übernehmen – mit frischen Impulsen, Mut und einem klaren Fokus auf die Stärken des Mittelstands.

Bauen in Deutschland: MU fordert weniger Regulierung

Passau. Zur Veranstaltung der MU-Passau zum Thema „Bauen in Deutschland“ konnte MU-Kreisvorsitzender Klaus Fiedler im Gasthof Koller eine sehr große Zahl von Vertretern vor allem aus der Bau- und Wohnungswirtschaft begrüßen. Bei einem engagiert geführten Meinungsaustausch wurden zahlreiche Probleme der Baubranche diskutiert, welche Ihre Ursachen unter anderem in ständig wechselnden Förderrichtlinien und teils unzureichend gefüllten Fördertöpfen in der Vergangenheit haben, die wiederum zu einer großen Verunsicherung bei

Investoren und Bauwilligen geführt hätten. Die Veranstaltung wurde mit einem starken Signal beendet: „Die Leistung in der Baubranche muss sich wieder mehr lohnen!“



Baugespräch um Klaus Fiedler (r.)

Führungswechsel in Unterfranken

Marktheidenfeld. Nach 23 Jahren gab Jutta Leitherer die Führung der MU-Unterfranken mit einem lachenden und einem weinenden Auge ab. Die Arbeit als Bezirksvorsitzende habe ihr sehr viel Spaß gemacht, aber sie freue sich jetzt auf mehr Zeit für private Dinge und ihre Familie. Rund 60 Delegierte und Gäste nahmen am vergangenen Montag Abschied und lobten ihre langjährige Vorsitzende für ihr Engagement, ihren Einsatz, ihre gute Führung und ihr immer offenes Ohr. Leitherer schlug ihren langjährigen Stellvertreter Tibor Brumme als neuen Bezirksvorsitzenden vor. Dieser wurde von den Delegierten einstimmig gewählt. Der Steinmetzmeister bedankte sich für das Vertrauen, freute sich auf eine gute Zusammenarbeit und eröffnete den Mittelständlern, welche Punkte er in Zukunft angehen möchte.



Tibor Brumme (r.) folgt auf Jutta Leitherer.

Foto: MU Unterfranken

Niedersachsen MIT zu Gast bei der MIT NRW



sel“. Ein starkes gemeinsames Zeichen: Beide Vorstände stimmten für den Bürokratierückbau – ein zentrales Anliegen für den deutschen Mittelstand.

Der zweite Tag stand im Zeichen der Landespolitik: Nach einer Besichtigung des nordrhein-westfälischen Landtags sprach der niedersächsische Vorstand mit dem Landtagspräsidenten André Kuper über die Demokratie in Deutschland. Den Abschluss bildete ein spätes Frühstück, zu dem auch der Landesgeschäftsführer Thomas Breuer der CDU NRW kam.

Herzlichen Dank an die MIT NRW für zwei großartige Tage voller Austausch, Impulse und Gastfreundschaft!



NDS/NRW. Der Landesvorstand der MIT in Niedersachsen war am 14. und 15. Mai zu Besuch bei den Freunden der MIT Nordrhein-Westfalen – ein intensiver und inspirierender Austausch zwischen den beiden größten MIT-Landesverbänden Deutschlands.

Los ging es mit einer Vorstandssitzung im Haus der CDU NRW, bei der es unter anderem um die Vorbereitungen für den Landesmittelstandstag am 28. Juni in Papenburg ging.

Anschließend führte Stefan Simmnacher, Geschäftsführer der MIT NRW, die Niedersachsen entlang des Rheinufer in die Düsseldorfer Altstadt – mit einem geselligen Ausklang bei einer Brauereiführung im Brauhaus „Zum Schlüs-



Fotos: MIT Niedersachsen

Thomas Langer löst Wolfgang Paus als Vorsitzenden ab

Lingen. Auf einer Mitgliederversammlung hat die Mittelstands- und Wirtschaftsunion (MIT) im Kreisverband Lingen einen neuen Vorstand gewählt.

Nach 24-jähriger Amtszeit war MIT-Kreisvorsitzender Wolfgang Paus aus Emsbüren nicht erneut angetreten. Ihm folgt der Lingener Unternehmer

Thomas Langer nach, der von den MIT-Mitgliedern einstimmig gewählt wurde. Wolfgang Paus, der in seinem Heimatort für die CDU auch dem Ge-

meinderat angehört und darin den Ratsvorsitz innehat, ist Geschäftsführer und Miteigentümer der Maschinenfabrik Paus in Emsbüren und seit Jahrzehnten politisch und in der IHK engagiert. Jetzt wollte der 61-Jährige einen Generationswechsel im Vorstand der MIT Lingen einläuten. Sein Nachfolger Thomas Langer ist im Immobiliengeschäft tätig. Der 42-Jährige Familienvater fungiert als Geschäftsführer von Langer ProjektPlus und von Langer Immobilien und war Gründer des in Lingen-Darme ansässigen „Part of Port“.

In der MIT-Mitgliederversammlung wurden auch die weiteren Vorstandspositionen überwiegend neu besetzt. Neuer stellvertretender Kreisvorsitzender ist Achim Helming, der bereits zuvor als Beisitzer dem Vorstand angehörte. Wiedergewählt wurden Schatzmeister Jan-Hendrik Kaß und Schriftführer Helmut Holt. Als Beisitzer gehören Ilona de Jonge, Marc Linkert und Robert Vedder neu dem Vorstand an. Ausgeschieden sind und demnach nicht erneut kandidiert haben neben Paus der bisherige stellvertretende Vorsitzende Thomas Diepenbrock, die Mitgliederbeauftragte Rabea Klaas und die Beisitzerinnen Julia Hessler, Susanne Hoffmann und Petra Kleinbuntemeyer.

Besonderer Gast der Versammlung war der Generalsekretär der CDU in



Der neue MIT-Kreisvorstand mit Gästen (von links nach rechts): Achim Helming (stellvertretender Kreisvorsitzender), Beisitzer Marc Linkert, Schriftführer Helmut Holt, der neue Kreisvorsitzende Thomas Langer, Niedersachsens CDU-Generalsekretär Dr. Marco Mohrmann MdL, Beisitzerin Ilona de Jonge, Beisitzer Robert Vedder, der scheidende Vorsitzende Wolfgang Paus und Christian Fühner MdL (CDU-Kreisvorsitzender).

Niedersachsen, Dr. Marco Mohrmann MdL, der selbst auch MIT-Mitglied ist. In seinem wirtschaftspolitischen Statement warb er dafür, in unserem Land eine Fehlerkultur zuzulassen und forderte ein Bekenntnis zur Leistungsgesellschaft. „Was muss der Staat regeln und was kann den Bürgern selbst überlassen werden?“, umschrieb Mohrmann sein Verständnis eines funktionierenden Staatswesens.

Abschließend bedankte sich der neue MIT-Kreisvorsitzende Thomas Langer bei seinem Vorgänger Wolfgang Paus für dessen herausragendes politisches Engagement in der MIT und überreichte ihm ein Präsent. Dem

Dank schloss sich auch der Lingener CDU-Kreisvorsitzende Christian Fühner MdL an und verwies auf Paus' Gradlinigkeit und Verlässlichkeit.

In der MIT sind die kleinen und mittleren Unternehmerinnen und Unternehmer organisiert. Die Bereiche von Handel, Handwerk, Freien Berufen, Dienstleistung, die der Leitenden Angestellten, der Landwirtschaft und aus sonstigen Branchen treffen hier zusammen.

Die MIT sieht sich als mahnende Stimme in allen wirtschaftspolitischen Angelegenheiten und ist von der CDU unabhängig beziehungsweise eigenständig.

Kurz gemeldet

Zahlreiche Landes- und Bezirkstage fanden im 1. und 2. Quartal in Niedersachsen statt, bei denen die meisten Vorsitzenden im Amt bestätigt wurden.

- 13. März: Bezirkstag MIT Hannover, Vorsitzender Dietmar Reddig
- 14. März: Bezirkstag MIT Nordostniedersachsen, Juliane von der Ohe
- 25. März: Bezirkstag MIT Elbe-Weser, Gerhard Hoffmann
- 3. April: Landestag MIT Oldenburg, Alexander Prox
- 22. April: Landestag MIT Braunschweig, Tobias Bopp (neu gewählt)
- 23. April: Bezirkstag MIT Osnabrück-Emsland, Ellen Keck-Wolterding (neu gewählt)
- 13. Mai: Bezirkstag MIT Ostfriesland, Gabriele Schapp
- 14. Juni: Bezirkstag MIT Südniedersachsen, Vorsitzende/r N. N.

MIT:TENDRIN – neue Bundesschatzmeisterin bei Wahnachlese und Koalitionsausblick

Hamburg. Während der Neustart im Bund omnipräsent ist und die neue, unionsgeführte Bundesregierung unter Kanzler Friedrich Merz ihre Arbeit aufgenommen hat, haben nach den einzigen Landtagswahlen 2025 SPD und Grüne ihren Koalitionsvertrag für Hamburg in den kommenden fünf Jahren vorgestellt. Die CDU nimmt ihre gewachsene Oppositionsrolle als zweitstärkste parlamentarische Kraft an und krepelt die Ärmel hoch.

Kurz zuvor veranstaltete die MIT Hamburg eine Nachlese der Doppelwahlen zum Bundestag und zur Hamburgischen Bürgerschaft und schaute auf die konkreten Resultate des Koalitionspokers von Union und SPD.

Diskussions- und Handlungsbedarf waren und sind groß: Full house hieß es dann auch, als Franziska Hoppermann MdB, wiedergewählte Hamburger Bundestagsabgeordnete und frischgebackene CDU-Bundesschatzmeisterin, zu Gast war. Sie war sowohl an den Berliner Verhandlungen der Arbeitsgruppen im Bereich „Bürokratierückbau, Staatsmodernisierung, moderne Justiz“ als auch an den zwei Sondierungsrunden von SPD und CDU in Hamburg beteiligt und berichtete daher aus erster Hand.

Der intensive Austausch mit dem MIT-Landesvorsitzenden und – ebenfalls erneut gewählten – wirtschaftspolitischen Sprecher der CDU-Bürger-



Foto: MIT Hamburg

Reichlich Gesprächsbedarf beim Abend mit Franziska Hoppermann und Götz Wiese.

schaftsfraktion Prof. Dr. Götz Wiese MdHB mit den mehr als 80 Teilnehmerinnen und Teilnehmern hätte gut und gern noch ein, zwei Stunden länger dauern können. Beim Get-together wurde manches Thema angeregt vertieft.

Optimistisch, aber nicht euphorisch



Dorin Müthel-Brenncke mit den Stellvertretern Stephan Meyer und Dr. Helmut Schmidt.

Rostock. Am 8. Mai fand unser 20. Landesmittelstandstag statt. Im Mittelpunkt standen selbstverständlich die Wirtschaftsthemen unserer MIT Mitglieder und die anschließende Wahl

unserer Delegierten zum Bundesmittelstandstag. Die lebhafte Antragsdiskussion zu Themen wie Amt und Mandat, Neuordnung der Subventionspolitik zu Gunsten von Steuerentlastungen, fachliche Qualifikation von Ministern und Staatssekretären und viele mehr zeigten erneut das große Interesse an der Mitgestaltung zu wirtschafts- und gesellschaftspolitischen Themen.

Im Anschluss fand in geselliger Atmosphäre und unter großer Beteiligung der traditionelle Jahresempfang der MIT Mecklenburg-Vorpommern unter der Schirmherrschaft der MIT KV Rostock statt. Als Gastredner war es uns Ehre und Freude zugleich, unseren CDU-Landesvorsitzenden, Daniel Peters MdL, begrüßen zu dürfen. Er ging in seinem Grußwort – ein Jahr vor der Landtagswahl in MV – insbesondere auf die Einordnung des Koalitionsvertrages und die Regierungs-



Fotos: MIT Rostock

Von links nach rechts: Daniel Peters MdL Landes- und Fraktionsvorsitzender CDU MV, Dorin Müthel-Brenncke Landesvorsitzende MIT MV, Simone Borchardt MdB, Dr. Helmut Schmidt stellvertretender Landesvorsitzender MIT MV

bildung in Berlin ein. Unsere MIT-Landesvorsitzende, Dorin Müthel-Brenncke, fasste das Stimmungsbild kurz und bündig zusammen: „Optimistisch, aber nicht euphorisch. Vor uns liegt eine Menge Arbeit. Packen wir es an!“

51. Landesmittelstandstag der MIT Schleswig-Holstein

Pahlen. Am 5. April 2025 fand in Pahlen der 51. Landesmittelstandstag der Mittelstands- und Wirtschaftsunion (MIT) Schleswig-Holstein statt. Unter dem Motto „Deutschland und Europa in herausfordernden Zeiten“ versammelten sich Unternehmerinnen und Unternehmer, politische Entscheidungsträger sowie engagierte Mitglieder, um die Zukunft des Mittelstands in bewegten Zeiten zu diskutieren und den Landesvorstand neu zu wählen.

Im Mittelpunkt stand die turnusgemäße Wahl des Landesvorstandes. Stefan Lange wurde mit überwältigendem Vertrauensbeweis zum fünften Mal in Folge einstimmig als Landesvorsitzender wiedergewählt. In seiner Dankesrede betonte Lange: „Gerade in Zeiten geopolitischer Spannungen, wirtschaftlicher Umbrüche und innenpolitischer Unsicherheiten braucht der Mittelstand eine starke Stimme – und genau das wollen wir weiterhin sein.“ Unterstützt wird Lange künftig von einem breit aufgestellten Vorstandsteam. Als stellvertretende Landesvorsitzende wählten die Delegierten Nicole Bünning, Christian Hansen, Kirsten Voß-Rahe und Patrick Holtermann. Die Finanzverantwortung liegt weiterhin in den bewährten Händen von Philipp Groth, Mitglied im MITBundevorstand. Neu an seiner Seite ist Thomas Holst als stellvertretender Schatzmeister. Für den Mitgliederbe-



Foto: MIT Schleswig-Holstein

reich übernimmt künftig Frank Rissmann als frisch gewählter Mitgliederbeauftragter Verantwortung. Komplettiert wird der neue Landesvorstand durch zwölf weitere Beisitzer, die das breite, fachliche und regionale Spektrum des schleswig-holsteinischen Mittelstands widerspiegeln.

Veranstaltungsort war die Firma Wilke in Pahlen – ein Symbol für die Innovationskraft und Verwurzelung des Mittelstands in der Region. Der europäische Blick auf die aktuelle Lage wurde durch den Gastvortrag von Niclas Herbst MdEP geschärft, der als Mitglied des Europäischen Parlaments klare Worte zur Rolle Europas in wirtschaftlich und sicherheitspolitisch schwierigen Zeiten fand. Herbst betonte unter anderem die Bedeutung resilienter Lieferketten, die Notwendigkeit fairer Wettbewerbsbedingungen und die Rolle Europas als Stabilitätsanker. Für den direkten

Draht nach Berlin sorgte ein Videogrußwort der MITBundevorsitzenden Gitta Connemann MdB. Sie hob die aktuelle Bedeutung der Koalitionsverhandlungen im Bund hervor und deren Auswirkungen auf mittelständische Unternehmen. Connemann lobte ausdrücklich die Mitgliederentwicklung und Arbeit der MIT Schleswig-Holstein: „Der Landesverband steht wie kaum ein anderer für Verlässlichkeit, neue Impulse, Klarheit und unternehmerisches Engagement. Ein echtes Vorbild innerhalb der MIT-Familie.“ Der 51. Landesmittelstandstag machte deutlich: Die MIT Schleswig-Holstein ist ein verlässlicher Kompass für den Mittelstand und die CDU – auf Landes-, Bundes- und Europaebene. Mit einem starken Team, klaren Positionen und viel Rückhalt aus der Mitgliedschaft startet der neue Vorstand motiviert in die kommenden Jahre.

Was bedeutet die US-Politik für die Wirtschaft in Thüringen?

Erfurt. Am 21. Mai kamen Unternehmerinnen, Unternehmer und wirtschaftspolitisch Interessierte auf Einladung der MIT Erfurt zusammen, um gemeinsam mit Rico Chmelik, Geschäftsführer des Automobil-Netzwerks „automotive thüringen e.V.“ einen Blick auf die aktuellen Herausforderungen durch die neue US-Handelspolitik zu werfen.

Sein Fazit war ebenso klar wie besorgniserregend: „Zölle sind oft dann ein Mittel, wenn es keine Strategie in der Industriepolitik gibt“. Was ist also los in der Weltwirtschaft – und was heißt das für uns in Thüringen?

Die Rückkehr Donald Trumps in politische Verantwortung – sei es als Präsident oder faktischer Taktgeber der



Fotos: MIT Erfurt



Angeregte Diskussionen über die wirtschaftliche Situation in Thüringen.

Republikaner – sorgt bereits jetzt für eine aggressive Wirtschaftspolitik. Zölle werden kurzfristig erhoben, wöchentlich angepasst – und das ohne klare Linie. Für deutsche Unternehmen bedeutet das: Die Planungssicherheit verschwindet. Wer unter solchen Bedingungen noch grenzüberschreitend produzieren und handeln will, steht vor einer kaum kalkulierbaren Zukunft.

Die USA koppeln Handelspolitik zunehmend mit Sicherheitspolitik. Das trifft gerade exportstarke Branchen wie die Automobilzulieferer besonders hart – Zollaufschläge

im vier- bis fünfstelligen Eurobereich pro Fahrzeug sind längst Realität. Die Autoindustrie steht unter Druck, denn beispielsweise VW wächst nur noch in China und den USA, während in Europa Stagnation herrscht. Globalisierte Lieferketten – lokale Konsequenzen. Zölle auf Produkte, die aus mehreren Kontinenten stammen, treffen komplexe Lieferketten ins Mark.

Ein Beispiel: Die EU reguliert heute nicht nur CO₂-Ausstoß, sondern auch Abrieb von Reifen und Bremscheiben (Stichwort Wolframcarbid) – doch diese Materialien sind oft aus genau jenen Ländern, die durch Trumps Zollpolitik in den Fokus geraten. Ersatz oder Neuplanung? Fast unmöglich. Das hat konkrete Auswirkungen auf Thüringer Unternehmen. Die Insolvenz der Trimet-Tochter unter der Schlote-Gruppe zeigt bereits, wie empfindlich die Industrie auf diese neuen Unsicherheiten reagiert. Gleichzeitig sinkt die Zahl der Industriearbeitsplätze: 2600 Verluste im letzten Jahr, 1200 bereits in diesem Jahr – Tendenz steigend.

Dazu kommt ein strukturelles Problem: Fachkräftemangel. Selbst wenn Investitionen gelingen, bleibt die Frage: Wer besetzt die Stellen? Und jetzt? Blick nach vorn – mit Mut zur Transformation. Doch aus Krisen entstehen Chancen. Chmelik erinnerte an die erfolgreiche Transformation Thüringens nach der Wiedervereinigung – und daran, dass der Freistaat Wandel kann, wenn Ideen auf mutige Macherinnen und Macher treffen.

Der Blick richtet sich dabei zunehmend auf Märkte wie Indien, Afrika und die Türkei – Regionen mit wachsender Nachfrage und politischer Bewegung. Hier könnten neue Partnerschaften entstehen, wenn Europa seine Rolle klug ausspielt und als verlässlicher Handelspartner auftritt.

Im Austausch mit den Gästen zeichnete sich an dem Abend bereits eine Projektidee ab, die wir – Arbeitstitel „RTW Thüringen“ – in den kommenden Wochen weiterdenken wollen. Sobald es spruchreif ist, werden wir darüber berichten. Unser Fazit: Die Weltwirtschaft mag aus den Fugen geraten – aber Thüringen steht bereit.

Die Herausforderungen sind groß – aber wie Rico Chmelik sagt: „Gerade wenn man muss, entstehen oft die besten Visionen.“

Sachsen-Anhalt

MIT Harz mit neuem Vorstand und starkem Signal für den Mittelstand

Sachsen-Anhalt. Die Mittelstands- und Wirtschaftsunion (MIT) Harz hat einen neuen Kreisvorstand gewählt. Nach 24 erfolgreichen und ereignis-

reichen Jahren übergab der bisherige Kreisvorsitzende Dr. Bernhard Voigt den Staffelstab an den Unternehmer und Wirtschaftsingenieur Artjom Pus-

ch. „Unser Herz schlägt für den Mittelstand – und der Mittelstand hat mit uns eine starke Stimme“, so der neue Vorsitzende Pusch bei der Kreismit-

gliederversammlung in Quedlinburg. Bereits zu Beginn der Versammlung konnte er gemeinsam mit seinem Vorgänger direkt sechs neue Mitglieder begrüßen, was die Aufbruchsstimmung der MIT Harz unterstreicht. In Anwesenheit des CDU-Kreisvorsitzenden Ulrich Thomas MdL und des MIT-Landesvorsitzenden Harald Kremer würdigten die Mitglieder die langjährigen Verdienste von Dr. Voigt,

der als stellvertretender Vorsitzender weiterhin mit an Bord bleibt. Der neue Vorstand will sich nun mit Kontinuität, Engagement und neuen Impulsen weiter für die Interessen des Mittelstands in der Region einsetzen.

Neuer MIT-Kreisvorstand: Der neue Kreisvorsitzende Artjom Pusch (Mitte) neben seinem Vorgänger Dr. Bernhard Voigt (2. v.l.) und dem Landesvorsitzenden Harald Kremer (rechts)



Foto: MIT Sachsen-Anhalt

Rheinland-Pfalz

Koblenz-Montabaur arbeitet weiter an Lösungen für den Mittelstand

Koblenz/Ahrweiler. Die Mittelstands- und Wirtschaftsunion des Bezirks Koblenz-Montabaur mit seinen elf Kreisverbänden im Norden von Rheinland-Pfalz, ist fest entschlossen neue Wege im Bereich der Unternehmenseffizienz zu gehen. Dazu gehören die Themen Bürokratieabbau, aktive Wirtschaftsförderung, interkommunale Gewerbeflächenentwicklung, vereinfachte Verfahren in der Dokumentation und eine gute, zukünftig bessere Vernetzung und Digitalisierung, so der Vorsitzende der MIT des Bezirksverbands Koblenz-Montabaur, Detlef Odenkirchen. Im Hinblick auf die vorausgegangene Bundestagswahl, unter der Führung von Friedrich Merz angeführte Bundesregierung sowie die zukünftige Landtagswahl mit dem CDU-Kandidaten Gordon Schnieder, ist Odenkirchen sich sicher, jetzt zielgerichtet eine unternehmensfreundliche und zielgerichtete Politik im Wirtschaftsverband für die Region gestalten zu können. „Wir können Wirtschaft“, ist sein Credo und motiviert seine Mannschaft.

Und weiter: „Wenn nicht wir wer dann? Und wenn nicht jetzt wann dann? Damit läutet Odenkirchen jetzt auf Bezirksebene eine unternehmenspolitische Wende ein.“ Wir sind ein Macherland und als solches müssen wir voranschreiten. Dazu gehört aber auch, dass die Unternehmen die Rahmenbedingungen erhalten, die sie benötigen. Eines der wichtigsten und drängendsten Themen ist eine Erleichterung in der Energiepolitik. Die Kosten laufen bei den Unternehmen aus dem Ruder und verursachen einen immensen Stau bei wichtigen Investitionen und Innovationen. Jüngst erst fanden interessante und wichtige Gespräche in Bezug auf neue Lösungen für intelligente Gewerbeflächenlösungen statt. Wir versprechen uns langfristig ein gutes Ergebnis einer interkommunalen Flächenentwicklung. Die Beziehungen zu den Kammern, Innungen und Berufsverbänden werden stetig intensiviert. Die Kontakte



Foto: Jörg Meurer

Von links: Elmar Lersch, MIT Kreisvorsitzender Kreisverband Ahrweiler, Gereon Haumann, MIT Landesvorsitzender Rheinland-Pfalz, Gitta Connemann, MIT Bundesvorsitzende und Parlamentarische Staatssekretärin im Bundeswirtschaftsministerium der Bundesrepublik Deutschland, Gordon Schnieder, CDU Landesvorsitzender Rheinland-Pfalz und CDU- Ministerpräsidentenkandidat und Detlef Odenkirchen, MIT Bezirksvorsitzender Koblenz-Montabaur

zu den Hausbanken, als Kreditgeber für die Unternehmen werden vertieft und weiterhin ausgebaut. Hier sind wir auf einem guten und richtigen Weg. Wir müssen jetzt die Chance ergreifen, weil sie sich uns derzeit bietet“. Odenkirchen abschließend: „Ich bin sehr zuversichtlich. Lassen Sie uns nach vorne schauen. Die Zukunft gehört den Machern und den Unternehmenden. Das sichert uns letztlich die Basis für eine gute und gesunde Gesellschaft im gesamten Land“.

Herausgeber

Mittelstands- und Wirtschaftsunion
Bundesgeschäftsstelle
Schadowstraße 3 · 10117 Berlin

Redaktion

V. i. S. d. P. für die MIT-Landesverbände:

- Baden-Württemberg: Denise Marie Hradecky
hradecky@mit-bw.de
- Bayern: Markus Zaglmann
markus.zaglmann@csu-bayern.de
mu@csu-bayern.de
- Berlin: Stefan Böhm
stefanboehm@mit-berlin.de
- Brandenburg: Jan Jacobi
info@mit-bb.de
- Bremen: Dipl.-Ing. Thomas Ventzke
info@cdu-bremerhaven.de
- Bremerhaven: Dipl.-Ing. Thomas Ventzke
info@cdu-bremerhaven.de
- Hamburg: Oliver Spatz
oliver.spatz@mittelstand-hamburg.de
info@mittelstand-hamburg.de
- Hessen: Tobias Binder
geschaeftsfuehrer@mit-hessen.de
- Mecklenburg-Vorpommern: Ulrike Mischke
mail@mit-mv.de
- Niedersachsen: Steffen Preugschat
preugschat@mit-niedersachsen.de
- Nordrhein-Westfalen: Stefan Simmnacher
stefan.simmacher@mit-nrw.de
- Rheinland-Pfalz: Helmut Klapheck
helmut.klapheck@mit-rlp.de
info@mit-rlp.de
- Saarland: Dennis Detzler
dennis.detzler@saar.cdu.de
- Sachsen: Jeanette Baudach
jeanette.baudach@mit-sachsen.de
Andreas Nowak
presse@mit-sachsen.de
- Sachsen-Anhalt: Tobias Schmidt
schmidt@cdufraktion.de
- Schleswig-Holstein: Thomas Klömmner
mit@cdu-sh.de
- Thüringen: Prof. Dr. Regina Polster
mit@cdu-erfurt.de

Verlag und Druck

Union Betriebs-GmbH (UBG)
Egermannstraße 2, 53359 Rheinbach
Telefon: 02226 802213
Telefax: 02226 802222
E-Mail: mit-mittelstandsmagazin@ubg365.de

Projektleitung

Sonja Bach-Meiers
E-Mail: verlag@ubg365.de

Redaktion

Gabriele Grabowski
E-Mail: mit-mittelstandsmagazin@ubg365.de

Art-Direktion

UBG, Betriebsstätte Berlin

Titelbilder

MIT Nordrhein-Westfalen, MU Bayern, MIT Niedersachsen, MIT Hamburg, MIT Rostock, MIT Schleswig-Holstein, MIT Erfurt, MIT Sachsen-Anhalt, Jörg Meurer, MIT Hessen

Alle Rechte vorbehalten. Nachdruck und Verwendung
nur mit Genehmigung der MIT.

Hessen**Innovativer Ernte-Container
für Handel und Schule**

Hessen. Der REWE-Markt im Innovationszentrum der Stadt Langenselbold erweist dem Namen der Liegenschaft einmal mehr alle Ehre. Zum Unternehmensbesuch hat REWE-Chef Fredy Stoll den MIT Kreisvorsitzende Patrick Heck und CDU-Bürgermeisterkandidat Florian Gibbe empfangen.

Der Betreiber des Ernte-Containers, präsentierte stolz das neue Hightech-Projekt, das von der Firma PUR aus Walldürn hergestellt wurde. Die Entwickler und Experten Philipp Eggert und Roland Grimm waren ebenfalls vor Ort, um das Projekt vorzustellen und technische Fragen zu beantworten. Der Ernte-Container, bekannt unter dem Projektnamen Inboxfarm Container, ist ein innovatives Konzept „Made in Germany“.

„Dieses Projekt ist keine Konkurrenz zur traditionellen Landwirtschaft, sondern eine wertvolle Ergänzung“, betonte Fredy Stoll. Die Umsetzung dieses Projekts in einem Supermarkt ist einzigartig in Deutschland und der EU und bisher nur aus vegetationsfeindlichen arabischen Ländern bekannt. Stoll erklärte die Vorteile des Containers: „Die Ernte ist ganzjährig möglich, die Produkte sind lokal erzeugt und kommen ohne Chemie aus. Die Ernte kommt nach Bedarf direkt in den Markt, wodurch keine Überproduktion entsteht und die Ware ständig frisch verfügbar ist. Zudem besteht keine Gefahr von Ernteaussfällen durch Wetterkapriolen.“ Der Ernte-Container bringt die Landwirtschaft vom Stadtrand in die Stadt und macht sie sichtbar. Herr Stoll träumt davon, „lokale Erdbeeren im Winter frisch und schmackhaft aus Langenselbold“ anbieten zu können. Der Arbeitsaufwand ist dank hochgradiger Automatisierung von Bewässerung über Beleuchtung bis zur Klimakontrolle sehr gering. Lediglich die Ernte und die Bestäubung der Blüten erfolgt noch per Hand. „Das ist Chefsache“, wie REWE-Chef Stoll stolz berichtet. Der Energieaufwand für das System ist durch moderne Klimatechnik sehr gering.

Die Firma PUR plant, über dieses Projekt-Container auch einen Mehrwert für Schulen zu generieren. Verschiedene Naturkundeelemente sowie Fertigkeiten von der Gartenarbeit über die Landwirtschaftstechnik bis zur Programmierung der Betriebsprogramme schaffen ein breites Lernfeld. Patrick Heck betonte: „Die Themen Landwirtschaft und gesunde Ernährung besser in den Lehrplan zu integrieren, ist ein Anliegen, welches wir seit Jahren fördern und verfolgen. Dank der Firma PUR können sich deutschlandweit Schulen gegen einen vertretbaren Mietpreis ihr eigenes modernes Lernfeld schaffen. Denkt man das Konzept weiter, könnten die Schul-AGs die eignen Produkte vermarkten oder der stationären Schulküche zuliefern“

Im Markt ist der Ernte-Container in der ersten Reihe präsent und das Team vermittelt mit Rezeptempfehlungen das neue Angebot. Das Interesse der Kunden ist groß, wie die regelmäßigen Nachfragen im Markt und die zahlreichen Schaulustigen an der Sichtscheibe des Containers zeigen. Großes Lob für das Projekt gab es auch von CDU-Bürgermeisterkandidat Florian Gibbe: „Unsere Stadt profitiert von der Innovationskraft ihrer heimischen Unternehmen und Unternehmer. Diese leisten einen großen Beitrag für unsere heimische Wirtschaft und Gesellschaft. Dies gilt es aus städtischer Perspektive wieder verstärkt zu fördern und zu unterstützen.“



Foto: MIT Hessen

